

3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt B 5

3.1.1 Thema

Partizipation und Legitimation in internationalen Organisationen

3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung

Politikwissenschaft, politische Theorie

3.1.3 Leiter

Prof. Dr. Patrizia Nanz
geb. 9. Juli 1965
Universität Bremen
Graduate School of Social Sciences (GSSS)
Postfach 33 04 40
23334 Bremen
Tel. 0421 – 218 4161
e-mail: pnanz@gsss.uni-bremen.de

Die Einstellung der Projektleiterin ist jedenfalls bis Ende 2006 gesichert. Sie hat zum Oktober 2002 den Ruf auf eine Juniorprofessur an der Universität Bremen angenommen.

3.1.4 (entfällt)

3.1.5 Erklärung

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Untersuchungen vorgesehen.

3.1.6 Beantragte Förderung des Teilprojektes (Ergänzungsausstattung)

Haushaltsjahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Investitionen	Gesamt
2003	97,8	5,7	–	103,5
2004	97,8	6,5	–	104,3
2005	97,8	19,3	–	117,1
2006	97,8	19,8	–	117,6
Summe 2003-2006	391,2	51,3	–	442,5

(Beträge in Tausend €)

3.2 Zusammenfassung

Das Projekt befaßt sich mit den Auswirkungen der Internationalisierung von Staatlichkeit in der Legitimationsdimension. Gefragt wird nach der Möglichkeit legitimen Regierens jenseits des Nationalstaates: *Unter welchen Bedingungen können politische Entscheidungen internationaler Organisationen in Abwesenheit parlamentarischer Repräsentation und klassisch-majoritärer Entscheidungsverfahren als legitim gelten?* Mit dem Projekt soll zu der Debatte um das sogenannte Demokratiedefizit der internationalen *governance* ein neuer und eigenständiger Beitrag geleistet werden, indem ein möglicher Zusammenhang zwischen der demokratischen Legitimität internationalisierter politischer Herrschaft und der Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure untersucht wird.

In dem Teilprojekt B5 werden drei Ziele verfolgt: Erstens soll eine umfassende empirische Bestandsaufnahme der verschiedenen, zum Teil neuartigen, Formen der Partizipation von Nichtregierungs-Akteuren in internationalen Organisationen erstellt werden, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Frage, ob und in welcher Form deren Anliegen und Kritik Eingang in Regelsetzung und Ressourcenallokation finden. Zweitens soll anhand der Ergebnisse der empirischen Bestandsaufnahme in normativer Perspektive untersucht werden, welchen Kriterien demokratischer Legitimation diese vorgefundenen Formen von Beratungs- und Entscheidungsbeteiligung genügen. Drittens wird in diesem Teilprojekt, ausgehend von einem partizipatorisch-deliberativen Demokratiemodell, nach den Chancen und Möglichkeiten einer Demokratisierung internationaler Organisationen gefragt, und schließlich sollen auf dieser Grundlage auch institutionelle Reformvorschläge entwickelt werden.

Erste Phase (2003-2006)	Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
<p>Bestandsaufnahme der Partizipationsformen zivilgesellschaftlicher Akteure in 32 internationalen Organisationen.</p> <p>Vertiefte Fallstudien zu zwei internationalen Organisationen (Weltbank, EU), um die Legitimationseffekte der Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure abschätzen zu können.</p>	<p>Vier weitere Fallstudien, um die Legitimationseffekte der Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure in internationalen Organisationen abschätzen zu können.</p> <p>Verfeinerung eines Kriterienkatalogs demokratischer Legitimation und Beginn der normativen Bewertung vorgefundener Partizipationsformen.</p>	<p>Detaillierte Analyse der Beratungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen.</p> <p>Fortsetzung der normativen Auswertung und, daran anknüpfend, Entwicklung institutioneller Reformvorschläge.</p>

3.3 Problemstellung und Stand der Forschung¹

3.3.1 Problemstellung

Im Bereich B des Sfb 1953 geht es um die Zukunft des demokratischen Nationalstaates unter den Bedingungen einer zunehmenden Denationalisierung von Politik. Treten Staaten Entscheidungskompetenzen an internationale und supranationale Organisationen (IOs) ab, so verliert zunächst der demokratische Rechts- und Interventionsstaat (DRIS) die Hoheit über die Politikgestaltung. Zugleich verlieren aber auch die Bürger des DRIS, also die letztendlich Regelungsbetroffenen, die Möglichkeit, am politischen Prozeß der Regelsetzung und an der Kontrolle der Regelexekution durch *Parlamentswahlen* mitzuwirken.² Durch diesen Entzug klassischer Partizipations- und Kontrollmöglichkeiten stellt sich nun zum einen die Frage nach den Auswirkungen dieses Verlusts auf die Legitimität des DRIS selbst; zum anderen bringt die Denationalisierung aber auch neue Regierungsformen auf der internationalen Ebene hervor, deren Legitimationsgrundlage außerordentlich prekär ist. Die öffentlichen Proteste bei Gipfeltreffen der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltbank und der Europäischen Union (EU) werden gemeinhin als Ausdruck eines Legitimationsdefizits dieser Organisationen gedeutet.

Legitime politische Herrschaft ist in Abraham Lincolns vielzitierten Worten „government of the people, by the people and for the people“.³ Dem Grundsatz der Volkssouveränität zufolge ist Demokratie eine Form der öffentlichen Willensbildung und Entscheidungsfindung, bei der alle betroffenen Personen gleiche und wirksame Einflußmöglichkeiten haben.⁴ Der

¹ Ich danke dem Hanse Wissenschaftskolleg in Delmenhorst (HWK) für seine Unterstützung. Ohne diese tatkräftige und schnelle Hilfe wäre es nicht möglich gewesen, diesen Antrag im August und September 2002 im Austausch mit der Bremer Initiativgruppe zu entwickeln, zu schreiben und rechtzeitig abzuschließen.

² Internationale Organisationen sind formaljuristisch durch die (demokratisch) gewählten Regierungen der Mitgliedstaaten legitimiert. Obwohl die politischen Entscheidungen der IOs sich direkt auf die Bürger auswirken, haben IOs also nur eine indirekte, von Nationalstaaten entlehene Legitimität.

³ „Legitimität“ wird hier im normativen Sinne gebraucht, nämlich als „Zustimmungswürdigkeit“ oder „rationale Akzeptierbarkeit“ (Habermas 1973, 1992; Manin 1987).

⁴ Im klassischen Modell des DRIS ist der Grundsatz der Volkssouveränität mit dem Verfassungskonzept verknüpft: Politik kann nur in dem Maße Legitimität beanspruchen, wie sie die grundrechtlich definierten Allgemeininteressen der Bürger respektiert und fördert. Demokratie und Verfassung verbinden sich in einem „praktischen Zirkel“ (Gerstenberg 1997): Das Recht, das als ‚höherrangiges Recht‘ die Politik diszipliniert, kann nur eine wiederum politische Grundlage haben in der Praxis der demokratischen Selbstherrschaft freier und gleicher Bürger. Die Internationalisierung von Staatlichkeit muß diesen Zusammenhang von Demokratie und Verfassung zentral berühren. Zur Konstitutionalisierung internationalen Regierens siehe vor allem die Teilprojekte A1 und A2.

Wandel von Staatlichkeit auf der Entwicklungssachse „national-international“ verändert den Zusammenhang von Demokratie, Legitimität und politischer Partizipation. Doch wie läßt sich die Idee demokratischer Selbstherrschaft auf internationale Ordnungen übertragen? Welche Konsequenzen hat es für die demokratische Qualität der Politik, wenn sie jenseits des demokratischen Nationalstaates erfolgt? In diesem Teilprojekt B5⁵ wird also innerhalb des Sfb gefragt: *Welche Möglichkeiten demokratischer Selbstbestimmung haben sich in den letzten Jahrzehnten jenseits des DRIS herausgebildet und an welche Entwicklungen kann in konstruktiver Absicht angeknüpft werden, wenn es um die Ausbildung von Demokratie jenseits des Nationalstaates geht?*

Die Verlagerung von politischer Herrschaft auf die inter- oder supranationale Ebene wird gemeinhin als klarer Verlust an demokratischer Qualität gedeutet. Die meisten Autoren, die ein ‚Demokratiedefizit‘ oberhalb des Nationalstaates beklagen, gehen implizit oder explizit vom Prinzip der parlamentarischen Repräsentation aus (Lord/Beetham 2001). Parlamente gelten als *legitimising agencies*, weil sie die subjektiven Präferenzen der Bürger gleichmäßig berücksichtigen (nach dem Muster: eine Frau/ein Mann, eine Stimme), aggregieren und somit die Adressaten der Gesetze im Prozeß der Gesetzgebung formal repräsentieren.⁶

Obwohl es an Vorschlägen zu einer Parlamentarisierung internationalen Regierens nicht mangelt, dürfte das demokratische Defizit von Regieren jenseits des Nationalstaates realistisch und in absehbarer Zukunft auf dem Wege der parlamentarischen Repräsentation kaum zufriedenstellend zu beheben sein. Angesichts der längst gegebenen Internationalisierung politischer Herrschaft, und damit dem sich verstärkenden Trend zur „postparlamentarischen Demokratie“ (Benz 1998) stellt sich also die Frage: Kann es der Idee kollektiver Selbstbestimmung auf andere Weise gelingen, ihre nationalstaatliche Engführung zu überwinden und sich eine neuartige, ‚denationalisierte‘ Grundlage zu schaffen? Die entscheidende Frage ist dabei, ob und wie der Verlust an parlamentarischer Repräsentation durch andere Formen politischer Partizipation, die demokratische Einfluß- und Kontrollchancen der Betroffenen sicherstellen, kompensiert werden kann. Ferner ist zu fragen, ob diese politische Partizipation jenseits des Nationalstaates in der Lage ist, neuartige solidarische Orientierungen zu erzeugen, die nationale Grenzziehungen überschreiten und sich entlang der Linien funktionaler Differenzierung entwickeln, beispielsweise durch eine demokratische Willensbildung in internationalen policy-Netzwerken. Hier ist vor allem an Partizipation durch zivilgesellschaftliche Akteure

⁵ Dieser Antrag hatte zunächst die Kennziffer B2 und wurde später als B5 in die Gesamtarchitektur eingefügt.

⁶ Viele Autoren weisen in diesem Zusammenhang auch auf das Fehlen einer kollektiven Identität jenseits des Nationalstaats hin. Ein präexistentes Gemeinwesen – und die damit einhergehende solidarische Orientierung – gilt vielen als eine zentrale Bedingung für die Verwirklichung demokratischer Zielsetzungen auf der Grundlage des Mehrheitsprinzips (so Scharpf 1998; Streeck 1998; Offe 1998).

zu denken, und zwar dann, wenn sie bestimmte *Formen* annimmt, nämlich deliberative Formen.

In diesem Teilprojekt sollen deshalb die Partizipationsformen zivilgesellschaftlicher Akteure im politischen Prozeß internationaler Organisationen durch eine umfassende empirische Bestandsaufnahme systematisch erkundet werden. Ausgehend von diesen Erkenntnissen soll zugleich in normativer Hinsicht das Legitimationspotential zivilgesellschaftlicher Beratungs- und Entscheidungsbeteiligung für demokratisches Regieren jenseits des DRIS untersucht werden. Daran anknüpfend sollen Vorschläge für eine institutionelle Neugestaltung internationaler Organisationen formuliert werden, die darauf zielen, daß das Grundrecht auf demokratische Selbstbestimmung auch verwirklicht werden kann.

3.3.2 *Stand der Forschung*

Legitimation, Deliberation und Partizipation

Modelle deliberativer Demokratie, die in den letzten zwei Jahrzehnten in der normativen politischen Theorie entwickelt wurden (s. u.a. Manin 1987; Habermas 1992; Cohen 1996; Schmalz-Bruns 2000), aber auch zur Grundlage einiger empirischer Forschungen geworden sind (s. u.a. Joerges/Neyer 1997; Eder/Trenz 2001), brechen mit der konventionellen Auffassung, derzufolge das Ziel von Demokratie darin liegt, exogene Präferenzen der Bürger in parlamentarischen Körperschaften zu aggregieren.

Hier wird der Diskurs – also die (auf Dauer gestellte) Kommunikation im Sinne argumentativer Auseinandersetzung – zum institutionellen Mittel der Erzeugung von Legitimität: Die Teilnehmer am demokratischen Entscheidungsprozeß werden strukturell genötigt, Begründungen vorzubringen, die mit dem (falsifizierbaren) Anspruch ausgestattet sind, für alle Bürger vernünftigerweise zustimmungswürdig zu sein (Habermas 1992). Die argumentative Auseinandersetzung erhöht die Rationalitätsstandards des politischen Prozesses, da sie die Offenlegung von Informationen, Interessen und Werten sowie die Berücksichtigung des Gemeinwohls bei der Entscheidungsfindung erfordert.

Deliberation verstanden als *kooperative Wissenserzeugung und gemeinschaftliche Problemlösung zwischen unterschiedlichen Akteuren* – Staat, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Experten, Verbänden und Unternehmen – endogenisiert gewissermaßen deren Einstellungen und Präferenzen, ermöglicht dadurch neue Kombinationen von Interessen und Positionsveränderungen und setzt auf diese Weise Lernprozesse in Gang.⁷ Dabei hat der ‚inter-

⁷ Deliberation setzt keine vorpolitische kollektive Identität voraus, sondern zwingt dazu, reflexiv zu Fragen, die im allgemeinen Interesse liegen, Stellung zu nehmen und erzeugt solidarische Orientierungen, die vorgefundene Gemeinschaften transzendieren können (Habermas 1998).

pretative Pluralismus⁸ der unterschiedlichen Akteure im deliberativen Prozeß einen intrinsischen (epistemologischen) Wert für die Entscheidungsfindung (Nanz 2001): Das zeigt sich besonders bei komplexen Problemlagen wie beispielsweise der Risikoregulierung.⁹ Zentral ist dabei das Prinzip der Einbeziehung der Anliegen und des Kontextwissens der Regelungsbedingten in den politischen Kommunikationsprozeß (Young 2000). Statt parlamentarischer Interessenaggregation rücken das Erfordernis *partizipatorischer und offener Prozeduren* sowie die *diskursiv hergestellte Qualität* von Regelsetzung in den Mittelpunkt. Es ist vor allem der diskursive Charakter vorangegangener Beratungen, der der Mehrheitsentscheidung im politischen Prozeß ihre legitimierende Kraft verleiht. Der normative Kern des demokratischen Repräsentationsprinzips liegt somit in der Idee der Rechtfertigungsverpflichtung gegenüber Bürgern, die von einer Entscheidung betroffen sind (Schmalz-Bruns 1999: 200).

Parlamente und Parteien fungieren im Modell deliberativer Demokratie zwar als politische Vermittlungssysteme der informellen Meinungs- und Willensbildung der Bürger (Habermas 1992: 432). Sie sind aber nicht mehr *conditio sine qua non* für legitimes Regieren, wenn man die demokratisch-partizipatorische Dimension von Willensbildung betont, also etwa die effektiven Teilhabeansprüche kollektiver Akteure auf der Ebene der Formulierung und Implementierung einzelner *policies* in den Politik-Arenen.

Die Idee der ‚partizipatorischen Demokratie‘ (Cohen/Rogers 1992; Hirst 1994) stellt radikaler als Habermas die gesellschaftliche Selbstregierung in den Vordergrund. Sie hebt im Rahmen eines egalitären Verständnisses von Demokratie die Bedeutung kollektiver Akteure bei der Beförderung einer ergebnisorientierten und effizienten Politik der Problemlösung hervor. Parlamentarische Formen der Demokratie verlieren gegenüber assoziativen Formen der Demokratie an Bedeutung. In einer ‚direkt-deliberativen Polyarchie‘ übernimmt die – in funktional differenzierten Subsystemen sich herausbildende – Weltgesellschaft die Fähigkeit zur kollektiven Problemlösung (Cohen/Sabel 1997). Politische Entscheidungen sollen dabei in öffentlicher Auseinandersetzung und weitestgehend in lokalen Foren fallen, an denen alle Betroffenen teilnehmen können. Das lokale und kontextimmanente Wissen der gesellschaftlichen Akteure erzeugt ein eigenes *case law* gelungener Problembewältigungsprozesse (gesellschaftlicher Konstitutionalismus).

Auch in der Idee der ‚reflexiven Demokratie‘ (Schmalz-Bruns 1995) wird der Anspruch auf erweiterte Partizipation hervorgehoben und an eine problem- und ergebnisbezogene, experimentelle Politik gekoppelt, allerdings aus einer eher institutionell-politischen Perspektive: Die arbeitsteiligen Prozesse der Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung sollen durch einen erweiterten reflexiven Mechanismus so aufeinander bezogen werden, daß sich das Ideal

⁸ Dieser ethische, kulturelle und ideologische Pluralismus tritt freilich in inter- und transnationalen Willensbildungsprozessen verstärkt auf (Nanz 2000a).

⁹ Hier ergeben sich Querverbindungen zu der in der Forschung über internationale Regime geführten Diskussion über *epistemic communities* (vgl. z.B. Hasenclever u.a. 1997: 149-152).

demokratischer Assoziationen mit der substantiellen Vorstellung deliberativer, gemeinwohlorientierter Entscheidungsverfahren verbinden läßt.

Das Modell deliberativer Demokratie ist auch auf transnationale politische Ordnungen übertragen worden (Habermas 1998; Bohman 1999; Benhabib 1999; Cohen 1999; Schmalz-Bruns 2000; Gerstenberg/Sabel 2001). In der Literatur zur EU als dynamischem Mehrebenensystem ist das deliberative Paradigma prominent geworden, wobei hier die *prozedurale* Dimension von Politik betont wird, nicht aber die *Beteiligung* der von den potentiellen Regelungen betroffenen zivilgesellschaftlichen Akteure am politischen Prozeß. Im ‚deliberativen Supranationalismus‘ gilt eine hohe Qualität der Begründungen in transnationalen Beratungs- und Entscheidungsprozessen empirisch und normativ als wichtige Legitimationsressource. So werden deliberative Politik-Arenen¹⁰ als *legitimising agencies* transnationaler *governance* angesehen. In diesem Sinne sind die institutionellen Mechanismen im Mehrebenensystem der Europäischen Union untersucht worden, insbesondere die Beratungen in unabhängigen Expertengremien, die supranationalen Implementationsnetzwerke und die Komitologie (Joerges/Neyer 1997).

In republikanischer Tradition wird hingegen der Zivilgesellschaft als Ort der Interessenartikulation und Problemthematisierung in der post-parlamentarischen *polis* eine zentrale Rolle zugeschrieben (s. u.a. Barber 1999; Cohen/Arato 1992; Walzer 1992).¹¹ So hat auch die Entstehung von „neuen sozialen Bewegungen“, die über die Beeinflussung der öffentlichen Meinung auf staatliche Entscheidungszentren Druck ausüben (Klein u.a. 1999; Brunnengräber/Walk 1997), großes Interesse gefunden. Zivilgesellschaftliches Engagement erscheint vielen Autoren als zeitgemäße Option demokratischer Selbstregierung und wird vielfach im Hinblick auf die Demokratisierung der ex-sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa sowie in Lateinamerika herausgestellt (Keane 1998; Baker 2002).

In analoger Weise ist behauptet worden, daß die im Entstehen begriffene europäische bzw. internationale Zivilgesellschaft zur Demokratisierung von Regieren jenseits des Natio-

¹⁰ Diese Politik-Arenen können nur dann als deliberativ bezeichnet werden, wenn die Entscheidungsfindung durch Zirkulation von Äußerungen zustande kommt, deren Geltungsansprüche durch Rechtfertigungen gestützt werden. Im politischen Deliberationsprozeß geht es darum, öffentlich Gründe zu finden, die einen Vorrang vor den ‚privaten‘ Präferenzen und Überzeugungen der Betroffenen beanspruchen und damit das Gemeinwohl – den Nutzen der anderen Mitglieder des Gemeinwesens – berücksichtigen.

¹¹ Ähnlich werden in der gegenwärtigen amerikanischen Verfassungsdebatte die Prämissen eines ‚zivilgesellschaftlichen Republikanismus‘ diskutiert (Ackerman 1991; Michelman 1999; Sunstein 1988). Die Validierung von Recht als ‚selbstgegebenes Recht‘ hängt hier von der Existenz eines zivilgesellschaftlichen Begründungsprozesses ab, der im deliberativen Prozeß zu Verfassungsinterpretationen führt, die für alle Betroffenen vernünftigerweise akzeptabel sind. Diese Idee ist auf supranationaler, europäischer Ebene von Paul Craig (1997) entwickelt worden.

nalstaates beiträgt, indem sie Gemeinwohlinteressen in den politischen Prozeß hinein vermittelt (Colas 2002; Imig/Tarrow 2001; Kößler/Melber 1993). Allerdings werden dabei vornehmlich die Bewegungsakteure als die primären Trägergruppen weitergehender Demokratisierungsprozesse verstanden. Im Vordergrund steht hier die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit und nicht die *institutionellen Voraussetzungen* für eine zivilgesellschaftliche *Partizipation*¹² in internationalen – vorwiegend intergouvernemental und bürokratisch geprägten – Politikprozessen. Institutionelle Offenheit für zivilgesellschaftliche Partizipation am Beratungs- und Entscheidungsprozeß ist aber eine entscheidende Vorbedingung für eine Demokratisierung internationalen Regierens (de Búrca 2002; De Schutter 2002; Curtin 2002a; Heinelt 1998).¹³ Ein adäquates Modell partizipatorisch-deliberativer Demokratie müßte daher die internationalen Foren als Schnittstellen von politischen Institutionen und Zivilgesellschaft ins Zentrum der Analyse rücken. Regieren jenseits des DRIS könnte – obgleich nicht repräsentativ-parlamentarisch – nach diesem Modell unter bestimmten *prozeduralen* und *partizipatorischen* Voraussetzungen demokratisch legitimiert sein.

Die internationale Zivilgesellschaft

Während transnationale Beziehungen¹⁴ und transnationale Akteure bereits seit den 1970er Jahren ein politikwissenschaftliches Thema sind (Keohane/Nye 1972), spricht man von einer ‚internationalen Zivilgesellschaft‘ oder einer *international civil society* erst seit Anfang der 1990er Jahre (s. u.a. Lipschutz 1992; Shaw 1994a).¹⁵ Was man genau darunter zu verstehen hat, ist jedoch in der Literatur umstritten.¹⁶

¹² Partizipation wird hier verstanden als „providing the opportunity to the organisations of civil society to shape an opinion-forming and decision-making process in accordance with democratic principles“ (De Schutter 2002: 14). Dieser Begriff wird mit Bezug auf gesellschaftliche Organisationen bzw. „Bewegungen“ gebildet. Demgegenüber scheint der (deutsche) juristische Begriff stärker individualisiert geschnitten zu sein: „‚Participation‘ constitutes an umbrella term of public law, covering many different forms of citizens’ participation in state functioning. As a rule, these forms of involvement are not derived from the rights and interests of the individual, but rather from, in the wider sense, the democratic claims of those ‚affected‘ (betroffen).“ (Vitzthum 1987: 161f.) Dabei geht es allerdings, etwa bei der Mitbestimmung, auch um die institutionelle Integration von Organisationen.

¹³ Damit ist nicht gesagt, daß die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in den Politikprozeß eine *hinreichende* Bedingung für die Entstehung einer postnationalen Demokratie ist. Sie ist aber in jedem Fall als *notwendige* Bedingung anzusehen.

¹⁴ Darunter versteht man üblicherweise all diejenigen Formen grenzüberschreitender Beziehungen, an denen auch nicht-staatlich organisierte Akteure beteiligt sind (Risse-Kappen 1995a: 3).

¹⁵ Unter Akteuren dieser internationalen Zivilgesellschaft versteht Martin Shaw transnational agierende Gruppen mit freiwilliger Mitgliedschaft, die spezifische Interessen verfolgen und diese gegenüber Regierungen und gegenüber öffentlichen internationalen Organisationen vertre-

Nicht selten findet man eine Gleichsetzung der internationalen Zivilgesellschaft mit idealistisch motivierten Nichtregierungs-Organisationen und sozialen Bewegungen (Civicus Staff/Akuhata-Brown 1999). Diese konzeptuelle Verengung ist mit dem Argument kritisiert worden, daß sie nur einen sehr kleinen Teil der tatsächlich tätigen zivilgesellschaftlichen Akteure erfaßt und außerdem den Begriff der ‚Zivilgesellschaft‘ in unhaltbarer Weise moralisch auflädt.¹⁷ Würde man jedoch Zivilgesellschaft rein empirisch anhand der Kriterien der nicht-öffentlichen Rechtsform und des transnationalen Agierens mit dem Ziel der Einflußnahme auf Entscheidungen in der öffentlichen Sphäre definieren, dann könnten sich im Extremfall selbst kriminelle Vereinigungen als Teil der internationalen Zivilgesellschaft qualifizieren.¹⁸

Dieses kontra-intuitive Beispiel verweist darauf, daß die Idee einer Zivilgesellschaft immer auch einen normativen und nicht nur einen deskriptiven Gehalt hat (Eder 1999), zumindest in dem Sinne, daß ihre Akteure Rechtsordnungen respektieren und zum Ziel haben, etwas der Gesellschaft Förderliches zu leisten. In dem hier vorliegenden Teilprojekt wird darüber hinausgehend die theoriegeleitete Annahme gemacht, daß zivilgesellschaftliche Akteure potentiell durch Partizipation an deliberativen Politikprozessen zur Legitimität internationalen Regierens beitragen können. Für die Zwecke dieser Untersuchung soll daher bei der Abgrenzung des Begriffes ‚internationale Zivilgesellschaft‘ ausschlaggebend sein, wer sich tatsächlich an Beratungs- und Entscheidungsprozessen in bereits vorhandenen internationalen Institutionen beteiligt.

ten. Demzufolge hat Shaw (1994b: 650) versucht, die Mitglieder der internationalen Zivilgesellschaft folgendermaßen zu typisieren:

- formale Organisationen, die nationale Institutionen wie Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Medien, Arbeitgeber usf. verbinden,
 - informelle Verbindungen sozialer Bewegungen, etwa die Frauenbewegung, die Schwulenbewegung oder jüngst ATTAC, und
 - global organisierte und tätige Organisationen wie Greenpeace oder Amnesty International.
- Daneben werden bisweilen aber auch lokal oder regional organisierte – und somit nicht transnational agierende – Nichtregierungs-Organisationen als Mitglieder einer internationalen Zivilgesellschaft angesehen (so etwa in Lipschutz/Mayer 1996).

¹⁶ Für einen Abriss der historischen Entwicklung des Begriffs Zivilgesellschaft im allgemeinen siehe Castiglione (1998). Eine Sammlung von Definitionsversuchen für die internationale Zivilgesellschaft findet sich auf der Website des Centre for the Study of Global Governance an der London School of Economics (s. <http://www.lse.ac.uk/Depts/global/Yearbook/definitions.htm>).

¹⁷ Ronit und Schneider (2000) vermeiden aus diesem Grund den Begriff der Zivilgesellschaft und sprechen stattdessen allgemeiner von ‚privaten Organisationen‘ als Akteuren der *global governance*.

¹⁸ So ist die Frage diskutiert worden, ob die russische Mafia als ‚privater Akteur‘ in den internationalen Beziehungen gedeutet werden könnte (Reinalda u.a. 2001).

So nahmen am *Public Symposium* über die Doha-Runde der WTO neben einer großen Mehrheit an zivilgesellschaftlichen Organisationen und Interessenverbänden auch einige private Wirtschaftsunternehmen teil.¹⁹ Aus diesem Grunde sollte man Privatunternehmen nicht kategorisch von der Untersuchung ausschließen.²⁰ Sie gelten aber nur dann als Teil der internationalen Zivilgesellschaft, wenn sie an einem öffentlichen Diskurs teilnehmen, der grundsätzlich unter der Bedingung der Rechtfertigung eigener Argumente im Lichte der Gemeinwohlorientierung stattfindet (Gerstenberg 2002).²¹

Eine durch die Teilnahme an öffentlichen Diskursen definierte Zivilgesellschaft, zu der prinzipiell auch Individuen und einzelne Unternehmen gehören können, ist jedoch konzeptuell weiter zu unterscheiden von zivilgesellschaftlichen Organisationen, hier im folgenden ZGOs genannt.²² ZGOs sind üblicherweise in den stärker formalisierten und institutionalisierten Regelungsprozessen bei internationalen Organisationen klar privilegiert, beispielsweise im Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaft, oder im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC).²³ Wenn in der akademischen Literatur (und nicht nur dort) von Legitimationsressourcen im Zusammenhang mit ZGOs die Rede ist, so ist damit gemeint, daß diese Organisationen als Vermittler zwischen den Regelungsbetroffenen und der regelsetzenden Instanz wirken, und zwar in dem Sinn, daß sie die Interessen und Werte der *stakeholder* in politische Argumente fassen und in den Regelsetzungsdiskurs der IOs einbringen. In Anlehnung an die bei der EU gebräuchliche Definition (Europäische Kommission 2002; Smismans 2002: 14f.) sollen in der vorliegenden Untersuchung folgende Organisationen als zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGOs) bezeichnet werden:

¹⁹ Das Public Symposium der WTO zur Agenda der Doha-Runde (Genf, 29.4.-1.5.2002) war eine der größten Veranstaltungen dieser Art. Zum Programm und für eine Liste der beteiligten Organisationen s. http://www.wto.org/english/tratop_e/dda_e/symp_devagenda_02_e.htm.

²⁰ Peter Mayer, ein Mitarbeiter des Teilprojektes, hat sich in seiner Dissertation (2001) mit internationalen Rohstofforganisationen beschäftigt, in denen private Interessenvertreter (Handel, verarbeitende Industrie usw.) eine gewichtige, quasi-institutionalisierte Rolle spielen.

²¹ Damit fallen informelle und nicht-öffentliche *Lobbying*-Aktivitäten von Privatunternehmen nicht unter zivilgesellschaftliches Engagement (Habermas 1992: 443f.).

²² Zu der zunehmenden Bedeutung von ZGOs beim Zustandekommen und bei der Umsetzung völkerrechtlicher Abmachungen bis hin zur partiellen Völkerrechtssubjektivität vgl. Vitzthum (2001b: 17f. Rdnr. 19).

²³ Angesichts der Vielfalt der Politiksetzungsprozesse und Themenfelder in der EU nimmt auch die zivilgesellschaftliche Beteiligung an der *governance* der europäischen Institutionen unterschiedliche Formen an. Der bereits durch die Römischen Verträge geschaffene Wirtschafts- und Sozialausschuß ist eine Besonderheit insofern, als ihm 222 Mitglieder nationaler ZGOs angehören, die sich auf die drei Kategorien Arbeitgeber, Gewerkschaften und ‚andere Interessengruppen‘ verteilen (Smismans 2002). Die zivilgesellschaftliche Beteiligung in den Vereinten Nationen wird vor allem durch den Artikel 71 der UN-Charta geregelt, beschränkt sich jedoch weitgehend auf den Wirtschafts- und Sozialrat ECOSOC (Stoecker 2000).

- die Arbeitsmarktparteien (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände – auch „Sozialpartner“ genannt);
- Vertretungsorganisationen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, die nicht Sozialpartner im engeren Sinn sind (beispielsweise Verbraucherorganisationen);
- Organisationen, in denen Menschen gemeinsame Ziele verfolgen (Umweltorganisationen, Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtseinrichtungen usw.);
- CBOs (*community-based organisations*, also Organisationen, die aus der Mitte der Gesellschaft entstehen und mitgliederorientierte Ziele verfolgen), z.B. Jugendorganisationen, Familienverbände; und
- Religionsgemeinschaften.

Die internationale Zivilgesellschaft und internationale Organisationen

Die Entstehung und die Aktivitäten von Akteuren, die als Teil der Zivilgesellschaft jenseits des Nationalstaates gelten können, sind in den letzten Jahren Gegenstand einer intensiven Debatte im Feld der Internationalen Beziehungen geworden.²⁴ Diese empirische Diskussion widmet sich vor allem der Frage, inwieweit ZGOs, verglichen mit staatlichen Akteuren, in der internationalen Politik überhaupt eine Rolle spielen²⁵ und welche Strategien die im materiellen Sinne machtlosen ZGOs entwickeln, um das internationale Politikgeschehen zu beeinflussen. Im Mittelpunkt der Analyse stehen hier üblicherweise ZGO-Aktivistinnen und sogenannte *moral entrepreneurs* (Keck/Sikkink 1998; Beiträge in Khagram u.a. 2002). Diese Akteure versuchen sowohl die Politik bestimmter Staaten von außen zu beeinflussen, als auch die Entscheidungen und politischen Programme internationaler Organisationen mitzugestalten. Selten wird der Frage nachgegangen, inwieweit die *inputs* der ZGOs in den internationalen politischen Prozeß selbst legitim sind (Schweitz 1995).

Im Hinblick auf die Verletzung international anerkannter Normen durch Staaten haben dabei ZGO-Kampagnen zur Menschenrechtsproblematik und insbesondere der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika Aufmerksamkeit erfahren.²⁶ Daneben hat sich die politikwissen-

²⁴ Eine aktuelle Bestandsaufnahme der empirisch orientierten Forschung zur internationalen Zivilgesellschaft wird in einem Jahrbuch vorgenommen, das seit 2001 am Zentrum für die Erforschung der Zivilgesellschaft an der London School of Economics zusammengestellt wird (Anheier u.a. 2001). Daneben sind in jüngster Zeit gute Überblicksartikel zur Erforschung transnationaler Akteure (Risse 2002) und zur normativen Debatte vorgelegt worden (Schmalz-Bruns 2001; Baker 2002: 115-129).

²⁵ Typisch für diese Herangehensweise ist die folgende Fragestellung: „Non-State Actors in International Relations: Do They Matter?“ (Reinalda u.a. 2001).

²⁶ Was den Einfluß zivilgesellschaftlicher Akteure auf die Menschenrechtssituation in normverletzenden Staaten angeht sind mittlerweile zahlreiche Länder untersucht worden (s. u.a. Forschungsgruppe Menschenrechte 1998; Risse u.a. 1999; Dommen 2002). Audie Klotz (1995,

schaftliche Forschung auch dem Einfluß zivilgesellschaftlicher Akteure auf die internationale Umweltpolitik zugewandt (s. u.a. Arts 1998; Lipschutz/Mayer 1996). Daneben gab es in der letzten Zeit eine Reihe von Arbeiten zur direkten Zusammenarbeit von ZGOs und internationalen Organisationen im Politikfeld Entwicklungshilfe (s. u.a. Lindenberg/Bryant 2001; Tusie/Casaburi 2000; Fisher 1997). Eine der interessantesten Erkenntnisse ist dabei, daß dank der Mittlerrolle von ZGOs enge Kontakte zwischen internationalen Organisationen (besonders der Weltbank) und der lokalen Bevölkerung entstanden sind und daß sich diese Kontakte oftmals unter Umgehung staatlicher Regierungsapparate vollziehen (Nelson 2000).²⁷ Angesichts einiger beachtlicher Erfolge in der Durchsetzung von international akzeptierten Normen gegen regelverletzende Staaten und angesichts der massiven öffentlichen Kritik an multilateralen Organisationen wie der WTO wird die internationale Zivilgesellschaft mittlerweile gar als ‚dritte Kraft‘ in der internationalen Politik gerühmt (Florini 2000).

In oftmals sehr detaillierten Fallstudien befaßt sich die Literatur auch mit der institutionalisierten Partizipation von ZGOs bei spezifischen internationalen Organisationen. Die einschlägige empirische Forschung der europäischen Mehrebenenpolitik hat vor allem die korporatistische Interessenvertretung und die informellen Formen des *Lobbying* untersucht (s. u.a. Wallace/Young 1997; Kohler-Koch 1997; Schmitter 1998), freilich selten aus einer normativ-demokratie-theoretischen Perspektive. Erst mit dem Aufkommen der Legitimationsdebatte in den 1990er Jahren ist auch das normative Potential zivilgesellschaftlicher Beteiligung in den europäischen Institutionen thematisiert worden, nicht zuletzt im *Weißbuch Europäisches Regieren*, in dem sich die Europäische Union ausdrücklich einer verstärkten Einbindung der Zivilgesellschaft verschrieben hat (Europäische Kommission 2001).²⁸ Auch die Europäisierung von Organisationen des Nichtregierungs-Sektors hat Aufmerksamkeit erfahren.²⁹ Inge-

2002) hat den Einfluß transnationaler ZGO-Akteure im Detail an der Situation in Südafrika studiert.

²⁷ Das soll aber nicht heißen, daß Staaten generell in der Entwicklungszusammenarbeit mit IOs an Einfluß verlieren, insbesondere dann nicht, wenn es um die Aushandlung von Großkrediten und um die Konditionen der Kreditaufnahme geht (Acuña/Tuozzo 2000).

²⁸ Siehe auch die Datenbank „Consultation, the European Commission and Civil Society (CONECSS)“ und das Papier „Konsultationsdokument: Hin zu einer verstärkten Kultur der Konsultation und des Dialogs – Vorschlag für allgemeine Grundsätze und Mindeststandards für die Konsultation betroffener Parteien durch die Kommission“, KOM (2002) 277 endg.. In dem „Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“ zum Amsterdamer Vertrag (1997) wird in Ziffer 9, Spiegelstrich 1 festgehalten: „Unbeschadet ihres Initiativrechts sollte die Kommission vor der Unterbreitung von Vorschlägen für Rechtsvorschriften außer im Falle besonderer Dringlichkeit oder Vertraulichkeit umfassende Anhörungen durchführen und in jedem geeigneten Fall Konsultationsunterlagen veröffentlichen.“

²⁹ Prof. Jürgen Kocka bereitet derzeit am Wissenschaftszentrum Berlin (im Rahmen des Sechsten Forschungsrahmenprogramms der EG) ein großes Forschungsprojekt zur Herausbildung einer Europäischen Zivilgesellschaft vor.

samt wurde der EU eine klare Tendenz in Richtung erweiterter Partizipationsmöglichkeiten zugesprochen (Schramm 1995; Magnette 2001; Armstrong 2001). Dazu wurden auch einige Reformvorschläge unterbreitet (De Schutter 2002; Dehousse 2001).

Auch die Partizipationsmöglichkeiten bei den Vereinten Nationen sind immer wieder Gegenstand politologischer Untersuchungen – nicht zuletzt, weil ZGOs dort bereits seit der Gründung der Weltorganisation 1945 eine formale Akkreditierung erhalten konnten und ihnen in Artikel 71 der Charta Konsultationsrechte zugesichert worden waren (Weiss/Gordenker 1996; Willetts 2000b; Alger 2002, Stoecker 2000).³⁰ In den *Bretton Woods*-Organisationen, die sich mit internationalen Wirtschaftsfragen befassen und die immer schon stark abgeschottet und damit intransparent waren, wurden zivilgesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten erst in jüngerer Zeit geschaffen – oft unter dem Druck der ZGOs und der Medienöffentlichkeit (Tussie/Riggirozzi 2001). Veränderungsdruck erzeugten auch einige eklatante Fehlleistungen dieser Organisationen selbst, etwa das Versagen des Internationalen Währungsfonds in der asiatischen Wirtschaftskrise 1997, das nicht zuletzt auch auf mangelnde Transparenz und fehlende Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zurückgeführt wurde (Van Houtven 2002).

Die WTO ist wegen der Ausweitung ihrer Agenda und der immer deutlicher werdenden Verschränkung von Handelsfragen mit Themen wie Entwicklung, Umweltschutz und Menschenrechten in ganz besonderem Maße gedrängt worden, sich der Zivilgesellschaft zu öffnen und ihre Entscheidungsprozesse transparenter zu machen (Marceau/Pedersen 1999; Slaughter 2001; Dommen 2002): Zumindest die Transparenz ihres politischen Prozesses hat die WTO jüngst durch verbesserten Dokumentenzugang erhöht³¹, unter anderem auch durch eine extensive Nutzung des Internets. Über das Netz wurden in der WTO seit den späten 1990er Jahren einige neuartige Konsultationsforen geschaffen, beispielsweise themenspezifische Symposien mit ZGO-Vertretern zu Fragen wie ‚Handel und Umwelt‘. Außerdem dürfen ZGO-Vertreter mittlerweile an Plenarsitzungen der WTO-Ministerkonferenzen teilnehmen, und selbst im Streitschlichtungsverfahren können sie im Rahmen sogenannter *amicus curiae briefs* angehört werden (v. Bogdandy 2001; Howse 2002; Mavroidis 2002; Steger 2002). Trotz einer zunehmend kooperativen Grundhaltung bleiben die Möglichkeiten einer direkten zivilgesellschaftlichen Partizipation in der WTO aber weiterhin begrenzt (Willetts 2000a).

Insgesamt betrachtet hat sich die Situation in den funktionalen Organisationen der *global governance* im letzten Jahrzehnt im Hinblick auf Transparenz und Beteiligung verbessert, auch wenn nach wie vor große Defizite bestehen und manche Reformen durch die rapide Ausweitung der Agenda dieser Institutionen konterkariert werden (Woods/Narlikar 2001).

³⁰ Darüber hinaus sind inzwischen auch die Folgen dieser zunehmenden Einbindung in institutionalisierte Kooperation für die ZGOs selbst thematisiert worden (Martens 2001).

³¹ Vgl. World Trade Organization, „Procedures for the Circulation and Derestriction of WTO documents“, Decision of 14 May 2002, WTO document WT/L/452.

Fazit

In den letzten Jahren wurde eine umfangreiche Literatur zur demokratischen Legitimität internationalisierten Regierens sowie zur Partizipation der Zivilgesellschaft in internationalen Organisationen vorgelegt. Obwohl es zwischen der normativen und der empirischen Literatur einige Anknüpfungspunkte gibt, ist in der politikwissenschaftlichen Analyse bisher kaum der Versuch gemacht worden, diese beiden Herangehensweisen zu verbinden. Normativ orientierte Autoren haben interessante Modelle vorgelegt, die sich jedoch oft nicht hinreichend klar auf die institutionelle Wirklichkeit beziehen. Die empirische Forschung bleibt dagegen in den meisten Fällen recht detail- und fallstudienverliebt. Außerdem fragen empirische Arbeiten vor allem nach den Bedingungen erfolgreicher Einflußnahme auf internationale Organisationen, und zwar allein aus der Perspektive dieser Akteure, und beruhen oftmals auch auf der impliziten Annahme, daß ZGOs *per se* legitime Ziele verfolgen. Durch diese Konzentration auf politische *Strategien* bleibt in vielen Fällen jedoch im Dunkeln, ob – und wenn ja, wie – zivilgesellschaftliche Partizipation die *demokratische Qualität* internationalen Regierens tatsächlich erhöht.

Um die Frage nach dem Legitimationspotential zivilgesellschaftlicher Beteiligung am Regieren jenseits des Nationalstaates zufriedenstellend zu beantworten, müssen empirische Erhebungen systematisch auch aus einer demokratietheoretischen Perspektive untersucht werden. Hier besteht noch erheblicher Forschungsbedarf. In dem vorliegenden Teilprojekt wird deshalb das Ziel verfolgt, den Nexus von internationalisiertem Regieren, Partizipation und demokratischer Legitimität systematisch zu erkunden und dabei die empirische und die normative Perspektive eng zu verknüpfen. Insbesondere gilt es Folgendes zu leisten:

- eine systematische, empirische Bestandsaufnahme bestehender Partizipationsformen und -möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure bei internationalen Organisationen;
- eine detaillierte Analyse der tatsächlichen Effekte dieser Partizipation auf die Beratungsqualität in internationalen Organisationen;
- eine kritische Analyse der Beratungs- und Entscheidungsprozeduren innerhalb der beteiligten ZGOs selbst;
- eine normative Bewertung der empirischen Partizipationsformen in IOs aus demokratietheoretischer, hier also partizipatorisch-deliberativer Perspektive; und
- anknüpfend an die normative Bewertung eine Entwicklung institutioneller Reformvorschläge.

3.4 Eigene Vorarbeiten

Patrizia Nanz hat zu theoretischen und konzeptionellen Fragen von Demokratie und Verfassung jenseits des Nationalstaates gearbeitet, und zwar insbesondere am Beispiel einer europäischen Öffentlichkeit (Nanz 2000a,b). Daraus ging auch ein Vorschlag zur institutionellen

Reform der parlamentarischen Demokratie in der EU hervor (2000c). In ihrer Promotion am Europäischen Hochschulinstitut (EHI) in Florenz hat die Antragstellerin einen ‚interdiskursiven‘ Begriff von Deliberation entwickelt, in dem der ethische, kulturelle und ideologische Pluralismus in einem transnationalen Willensbildungsprozeß ernst genommen wird (2001). Dabei konnte sie auf sprachphilosophische Studien zurückgreifen, die inzwischen zur Veröffentlichung anstehen (2002). Diese Arbeiten zum Problem demokratischer Deliberation unter den Bedingungen der Diversität von Standpunkten und der Komplexität von Problemlagen liefern eine theoretische Grundlage für ein empirisches Forschungsprojekt zur Legitimation transnationaler *governance regimes*, insbesondere zum Legitimationspotential deliberativer Beratungs- und Entscheidungsarenen. Nach ihrer Promotion hat sie in der Max-Planck-Projektgruppe „Recht der Gemeinschaftsgüter“ (Bonn) und am Centre for the Study of Democracy (Westminster University, London) begonnen, die „Methode der Offenen Koordinierung“ in der Europäischen Union (2003b) sowie die Risikoregulierung in der Welthandelsorganisation vergleichend zu erforschen (2003a). Die beiden letztgenannten Arbeiten sind konzeptionelle und empirische Beiträge, durch die die hier geplante Untersuchung vorbereitet wurde.

Jens Steffek, der in der Ergänzungsausstattung als zentraler Mitarbeiter für dieses Teilprojekt vorgesehen ist, hat am EHI über die Bedeutung von Gerechtigkeitsnormen in internationalen Verhandlungen promoviert. Dabei hat er unter anderem den Einfluß zivilgesellschaftlicher Akteure empirisch untersucht (2002). Er hat sich außerdem in theoretischer Perspektive mit der diskursiven Legitimation internationalen Regierens beschäftigt (2000, 2003) und einen Vorschlag zur institutionellen Reform der Beratungsgremien in der WTO unterbreitet (2001).

Literaturangaben zu den eigenen Vorarbeiten

- Nanz, Patrizia (2000a) „L’Europa a più voci: una concezione dialogica della sfera pubblica“ *Il Mulino. Rivista bimestrale di cultura e di politica* 390 (Juli-August) 641-652 (Englisch „Multiple Voices. A Dialogical Concept of the European Public Sphere“ *Constellations* [under review])
- (2000b) „In-between Nations: Ambivalence and the Making of European Identity“ in Bo Stråth, Hg. *Europe and the Other, Europe as the Other* Brüssel u.a.: P. Lang Verlag 279-309 (Italienisch „La costruzione ambivalente di un’identità europea“ in Antonella Besussi & Luisa Leonini, Hg. *L’Europa tra società e politica. Integrazione europea e nuove cittadinanze* Mailand: Edizioni Angelo Guerini 2001 51-72)
 - (2000c) The Future of Parliamentary Democracy: Transition and Challenge in European Governance, Green Paper prepared with Tom Burns, Angela Liberatore, Yves Mény for the Conference of the Speakers of EU Parliaments, Rom, 22.-24. September
 - (2001) *Europolis. Constitutional Patriotism beyond the Nation State*, Florenz: EHI, Diss. phil. (die italienische Übersetzung erscheint 2003 bei Feltrinelli Editore, Mailand; zur Zeit in Begutachtung bei Cambridge University Press und dem Suhrkamp Verlag)

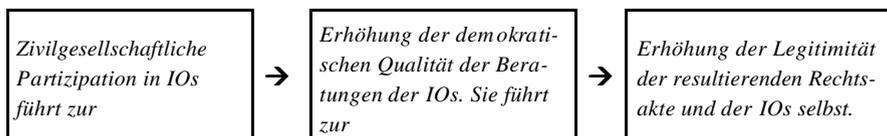
- (2002) „Die Pluralität von Bedeutung in sozialen Kontexten“ *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* (i. E.)
 - (2003a) „Legitimation of Transnational Governance Regimes: Foodstuff Regulation at the WTO“ in: Christian Joerges, Gunther Teubner & Inger-Johanne Sand, Hg. *Constitutionalism and Transnational Governance* Oxford/Portland, OR: Hart Publishing (i. E.)
 - (2003b) „Governance in the EU between Intergovernmentalism and Supranational Integration: The open method of coordination and the problem of ‚translating‘ national policies“ in Dario Castiglione, Hg. *The Public Discourse of Law and Politics in Multilingual Societies* Oxford/Portland, OR: Hart Publishing (i. E.)
- Steffek, Jens (2000) „The Power of Rational Discourse and the Legitimacy of International Governance“ Florenz: Europäisches Hochschulinstitut (EUI Working Papers, Robert Schuman Centre for Advanced Studies 2000/46)
- (2001) „Free Trade as a Moral Choice?“ in European University Institute, Hg. *Resolving and Preventing US-EU Trade Disputes* Florenz: Europäisches Hochschulinstitut 26-41
 - (2002) *Notions of Justice and Fairness in International Relations*, Florenz: Europäisches Hochschulinstitut, Diss. phil.
 - (2003) „Sources of legitimacy beyond the democratic state – a view from international relations“ in: Christian Joerges, Gunther Teubner & Inger-Johanne Sand, Hg. *Constitutionalism and Transnational Governance* Oxford, Portland/OR: Hart Publishers (i.E.)

3.5 **Arbeitsprogramm** (Ziele, Methoden, Arbeits- und Zeitplan)

3.5.1 *Forschungsziele*

Die Reichweite des Projektes

In diesem Projekt soll empirisch untersucht werden, in welchem Ausmaß zivilgesellschaftliche Beteiligung an den Beratungs- und Entscheidungsprozessen internationaler Organisationen stattfindet und ob diese Beteiligung die Beratungs- und Begründungsqualität im politischen Prozeß in einer Weise bestimmt, daß von einer Erhöhung der demokratischen Legitimation internationalen Regierens gesprochen werden kann. In deliberativen Demokratietheorien wird ja, wenn man sie empirisch wendet, behauptet, die demokratische Legitimität politischer Entscheidungen würde durch zivilgesellschaftliche Partizipation an dem vorangehenden deliberativen Beratungsprozeß verbessert. Die empirisch zu erforschende Anfangshypothese der Untersuchung läßt sich also folgendermaßen graphisch darstellen:



In diesem Forschungsdesign geht es letztendlich um die Legitimität politischer Herrschaft jenseits des Nationalstaates. Empirische, perzipierte Legitimität läßt sich durch eine Analyse des Legitimitätsglaubens von Herrschaftsbetroffenen über Befragungen erkunden – so beispielsweise in dem von der EU in Auftrag gegebenen *Eurobarometer*. Durch die Analyse von öffentlicher Kommunikation über Herrschaft läßt sich ebenfalls ein Abbild realen Legitimitätsglaubens gewinnen, so wie dies etwa im Teilprojekt B1 geplant ist. Die *normativ definierte* Legitimität, d.h. die Zustimmungswürdigkeit von internationalem Regieren läßt sich dagegen nur bestimmen, indem man diese politischen Herrschaftsformen an *theoriegeleiteten normativen Standards* mißt. Diese Kriterien werden im vorliegenden Teilprojekt aus der deliberativen Demokratietheorie abgeleitet. Die Beratungs- und Entscheidungsprozesse internationaler Institutionen sollen im Hinblick auf die empirische Qualität der Partizipationsmöglichkeiten anhand dieser Kriterien überprüft werden. Nur so kann die Frage beantwortet werden, ob und inwiefern zivilgesellschaftliche Beteiligung an internationalem Regieren als relevante Legitimationsgrundlage gelten kann.

Damit läßt sich die Reichweite dieser empirischen Untersuchung genauer definieren. Aussagen zur Legitimität von politischen Institutionen sollen auf der normativen Ebene gemacht werden: Es soll bestimmt werden, wie bestehende Formen internationaler Herrschaft vor dem Hintergrund eines deliberativen Demokratiemodells zu bewerten sind.³² Der Bezug zur empirischen Legitimation von Herrschaft jenseits des Nationalstaates liegt darin, daß Partizipation im Politikberatungs- und Regelsetzungsprozeß die demokratische Qualität der politischen Beratung – und damit die Legitimität der entstehenden Regeln – nicht nur in normativer, sondern auch in empirischer Hinsicht steigern sollte.³³ Da in diesem Teilprojekt einige wichtige Bedingungen untersucht werden, die zu einer Steigerung der Beratungsqualität beitragen, spricht es also indirekt auch die empirische Legitimationsfähigkeit von Politik an. Der Grad der daraus folgenden Legitimitätsperzeption in der Bevölkerung ist jedoch nicht Gegenstand der Forschung.

3.5.2 Untersuchungsmethode, Haupt- und Unterarbeitsschritte, Zeitplan

Entwicklung eines Kriterienkatalogs

Das vorliegende Teilprojekt verbindet normative und empirische Forschung, indem es die tatsächlich existierende *international governance* mit theoretischen Annahmen über eine Demokratisierung internationalen Regierens in Beziehung setzt. Um dies systematisch durch-

³² Daher zielt das Forschungsdesign weder darauf ab, empirischen Legitimitätsglauben durch Befragungen zu erforschen, noch darauf, öffentlich-mediale Legitimationsdiskurse zu analysieren.

³³ Zu dieser Annahme siehe etwa Beisheim/Zürn (1999).

zuführen, müssen Kriterien gefunden werden, in denen die institutionellen und prozeduralen Voraussetzungen von *partizipatorisch-deliberativer governance* festgelegt werden. Dazu wurde folgender vorläufiger Kriterienkatalog für eine erfolgreiche Demokratisierung internationalen Regierens durch zivilgesellschaftliche Partizipation entwickelt.³⁴

1. Der **Zugang** der ZGOs zu den Beratungen der IOs ist eine unerläßliche Vorbedingung für deren effektive Beteiligung am politischen Prozeß. Der Zugang zu den relevanten Beratungs- und idealerweise auch Entscheidungsgremien darf nicht vom Wohlwollen von Funktionären oder Staatenvertretern abhängen, sondern muß als Partizipationsrecht abgesichert sein. Es gibt eine Fülle von institutionellen Möglichkeiten, den politischen Beratungsprozeß zu beeinflussen, die von den *amicus curiae briefs* im WTO-Streit-schlichtungsverfahren bis zum *agenda setting* im ECOSOC der UN reichen.³⁵
2. Die **Transparenz** der Entscheidungsfindung sowie ein rascher und verläßlicher Zugang zu relevanten Informationen und Dokumenten sind ebenso wichtige Vorbedingungen für effektive politische Partizipation.³⁶ In vielen internationalen Organisationen, insbesondere wenn sie intergouvernemental zugeschnitten sind und nur einen kleinen Mitarbeiterstab haben, ist der Regelsetzungsprozeß bisher sehr intransparent gewesen. In jüngster Zeit haben einige Organisationen auf Kritik reagiert und machen Dokumente schnell und zum Teil auf elektronischem Wege via Internet verfügbar. Dies hat jedoch wenig an der Tatsache geändert, daß viele wichtige Beratungen und Vorentscheidungen in informellen Kleingruppen stattfinden, die sich aus Vertretern der ausschlaggebenden Mitgliedstaaten zusammensetzen, und somit nicht nur für die ZGOs, sondern auch für kleine oder finanzschwache Mitgliedstaaten kaum nachvollziehbar sind.
3. Die **Rechtfertigung** politischer Entscheidungen spielt in der deliberativen Demokratie-theorie eine zentrale Rolle.³⁷ Die empirische Analyse des Beratungs- und Regelsetzungsdiskurses der IOs muß also fragen: Rechtfertigen IOs ihre politischen Prinzipien,

³⁴ Dieser Katalog soll weiter verfeinert und im Laufe der ersten Projektphase im Rahmen eines Artikels dem Fachpublikum vorgestellt werden.

³⁵ Zu den *amicus curiae briefs* siehe Howse (2002) und Mavroidis (2002). Willetts (2000a) hat die Partizipationsmöglichkeiten für ZGOs im UN-System beschrieben.

³⁶ S. als juristischen Überblick Klöpfer (2002: 42-63), der auf die Tendenz zur Schaffung allgemeiner, gewissermaßen Meta-Informations- und Transparenzregeln allerdings im Unternehmensbereich hinweist (ebda: 55): „Ferner unternehmen die *Non-governmental Organisations* (NGOs) Anstrengungen, die völkerrechtlichen Prinzipien in eine konkrete Informationsordnung zu überführen, etwa in Form einer Selbstregulierungsarchitektur wie sie im Verhaltenscodex für Online-Marketing der Internationalen Liga für Wettbewerbsrecht (LIDC) angelegt ist. Hinzu kommt der Global Business Dialogue on Electronic Commerce (GBDe) als Unternehmensforum für die IT-Branche.“

³⁷ Als deliberativ-demokratisch gelten Beratungen, in denen „alle Beteiligten der strukturellen Nötigung ausgesetzt sind, für ihre Belange öffentliche Rechtfertigungsgründe zu formulieren“ (Gerstenberg 1997: 18).

Normen und Entscheidungen unter Berücksichtigung der zivilgesellschaftlich vorgebrachten Anliegen und Kritik? Sind sie bereit, auf unkonventionelle und nicht in ihrem Fachjargon formulierte Argumente aus den ZGOs einzugehen? Gehen sie auch auf von der ZGO vorgelegte Gegenexpertise ein?

4. Das Kriterium der **Responsivität** bedeutet, daß die durch zivilgesellschaftliche Akteure vorgebrachten Gründe tatsächlich Eingang in den internen politischen Prozeß der IOs finden, etwa im Sinne einer Zielabwägung. Während Rechtfertigung auch als Ex-post-Rationalisierbarkeit von Entscheidungen denkbar ist, impliziert Responsivität, daß der IO-interne Diskurs und die politische Agenda der IOs sich durch die Beteiligung der ZGOs verändert. Im Hinblick auf Responsivität gilt es zu untersuchen: Nehmen IOs neue Gesichtspunkte in die eigene, interne Entscheidungsfindung auf? Findet man *discursive items*, die aus der Zivilgesellschaft stammen, auf der Agenda der IOs wieder? Kann von Lernprozessen die Rede sein? Responsivität geht also insofern über Rechtfertigung hinaus, als zivilgesellschaftliche Anliegen hier *de facto* in den Entscheidungsprozeß einfließen und zu einem Teil der selbst gesetzten Agenda einer Organisation werden.³⁸
5. Eine systematische Einbeziehung (**Inklusion**) der Anliegen aller Betroffenen in den Beratungs- und Regelsetzungsprozeß ist ein weiteres Kriterium, mit dem sich die demokratische Qualität internationalen Regierens beurteilen läßt: Dieses Kriterium steht für das demokratische Prinzip der Gleichheit. Gemeint ist hier die systematische Einbeziehung der Anliegen und Argumente *aller* von einer politischen Entscheidung Betroffenen (*stakeholder*) in den Beratungs- und Entscheidungsprozeß. Politische Entscheidungen internationaler Organisationen werden dann nicht nur im Hinblick auf die artikulierten Anliegen der direkten Regelungs-Adressaten getroffen, also im Normalfall die nationalen Regierungen, die IOs müssen in ihren Entscheidungen vielmehr auch die Anliegen derjenigen einbeziehen, auf die sich solche distributiven und regulativen Entscheidungen letztendlich auswirken. Nur dann kann in einer (funktional differenzierten) Weltgesellschaft von demokratischer Selbstbestimmung der von den Regeln betroffenen Bürger die Rede sein.³⁹ Dies bedeutet, daß die Anliegen der *stakeholder* in den regelsetzenden Diskurs der IO eingehen müssen. Es kann aber auch bedeuten, daß die Verfahren der Regelsetzung in der IO erst verändert werden müssen, damit die Anliegen vormals nicht einbezogener Gruppen überhaupt systematisch in den politischen Prozeß einbezogen werden können.

³⁸ Wenn die Anliegen nicht in die *agenda* der IOs eingehen, kann dies dennoch als ‚responsiv‘ gelten, wenn dies in einem Begründungsprozeß mit den ZGOs entschieden wurde.

³⁹ Der Internationale Währungsfonds müßte sich, um es an einem Beispiel deutlich zu machen, in seiner Kreditvergabepraxis nicht nur an den Interessen der betroffenen Regierungen, sondern auch an denen der schließlichen Regelungsadressaten orientieren.

Es ist also zu fragen: Sind die Argumente aller potentiell Betroffenen in den Beratungen berücksichtigt? Werden Entscheidungsfindungsverfahren im Hinblick auf eine bessere Inklusion verändert, wird etwa die Beteiligung ehemals marginalisierter Gruppen gefördert? Im Hinblick auf die Zivilgesellschaft selbst muß an dieser Stelle kritisch untersucht werden, ob alle potentiellen *stakeholder* ihre Anliegen de facto über ZGOs in den Diskurs einbringen können. Diese Frage stellt sich insbesondere für die spezifischen Gruppeninteressen und Anliegen der Entwicklungsländer.⁴⁰ Ist sichergestellt, daß ZGOs auch die Anliegen derjenigen Regelungsbetroffenen artikulieren, die im Hinblick auf ihre eigenen Chancen zur Interessenartikulation durch mangelnde Ressourcen und/oder Expertise benachteiligt sind?

Diese fünf Bedingungen für partizipatorisch-deliberativ legitimierte *governance* dienen in diesem Teilprojekt als Leitfaden für die empirische Forschung und werden verwendet, um die vorgefundenen Partizipationsformen zu evaluieren. Sie erlauben somit normative Aussagen, die jenseits des Effektivitätskriteriums liegen, das einen großen Teil der bisherigen empirischen Forschung zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung an internationalem Regieren bestimmt hat. Zusammenfassend läßt sich sagen: Nur wenn diese fünf Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlicher Partizipation in internationalen Organisationen (zumindest annäherungsweise) erfüllt sind, ist die Anfangshypothese zu halten, daß zivilgesellschaftliche Partizipation die demokratische Legitimität internationalen Regierens erhöht.

Untersuchungsmethode

Das empirische Forschungsprogramm dieses Teilprojektes besteht darin, zunächst die ersten beiden der oben entwickelten Kriterien, also Zugang und Transparenz, in einer umfassenden Bestandsaufnahme von 32⁴¹ Organisationen zu verwenden. Die weiteren 3 Kriterien – also Rechtfertigung, Responsivität und Inklusion – sollen sodann in vertiefenden Einzeluntersuchungen auf eine kleinere Auswahl von 6 Fällen angewandt werden, da derart detaillierte Untersuchungen für 32 Fälle nicht zu leisten sind.⁴² Was die Methoden der Untersuchung angeht, so werden in den verschiedenen Phasen drei Instrumente zum Einsatz kommen (die Details dazu finden sich bei den Einzelschritten):

- Diskursanalyse schriftlicher Dokumente mit Schwerpunkt Argumentationsanalyse,
- semi-strukturierte Interviews mit Vertretern der IOs und ZGOs, sowohl telefonisch als auch vor Ort, und

⁴⁰ Siehe dazu die kritischen Anmerkungen in Helleiner (2001).

⁴¹ Die Anzahl der zu untersuchenden Organisationen mag sich noch etwas verändern. Es wird aber bei ca. 30 Organisationen bleiben.

⁴² Das Konzept der *partizipatorisch-deliberativen governance* wird im weiteren, was Rechtfertigung und Responsivität, also die Kriterien 3 und 4, angeht, für die vertiefenden Fallstudien des Teilprojektes noch genauer zu operationalisieren sein.

- teilnehmende Beobachtung von politischen Prozessen in Beratungs- und evtl. Entscheidungsgremien zwischen IOs und ZGOs, soweit möglich.

Daraus läßt sich ein empirisches Forschungsprogramm für den *potentiellen 12-Jahreszeitraum* dieses Sfb entwickeln. Mit diesem Programm kann überprüft werden, ob, und wenn ja, inwieweit zivilgesellschaftliche Beteiligung an den Beratungs- und Entscheidungsverfahren internationaler Organisationen die normativen Kriterien des deliberativen Demokratiemodells erfüllt. Angesichts der Lücken in der existierenden Literatur (siehe oben 3.3.2) kann sich das Teilprojekt B5 diesem Ziel nur in mehreren Schritten nähern. Das Forschungsprogramm läßt sich dabei in vier Hauptarbeitsschritte gliedern.

Hauptarbeitsschritt 1: Systematische Bestandsaufnahme der Partizipation

Zunächst ist es erforderlich, zu Beginn der Projektlaufzeit einen systematischen Überblick über die zivilgesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten in den wichtigsten internationalen Organisationen und ihre historische Entwicklung zu gewinnen. Eine solche Bestandsaufnahme, in der eine große Zahl internationaler Organisationen nach einheitlichen Kriterien verglichen wird, ist bislang nicht vorhanden.⁴³ So wissen wir beispielsweise nicht, ob die Zivilgesellschaft in globalen oder in regional arbeitenden Organisationen stärker eingebunden wird.⁴⁴ Es ist bislang ebenfalls unklar, ob es bestimmte Politikfelder gibt, in denen Partizipation stärker ausgeprägt ist als in anderen. Außerdem gibt es nur wenig verlässliche Informationen darüber, wie sich Partizipation und Transparenz im Untersuchungszeitraum des Sfb, von 1970 bis zur Gegenwart, verändert haben. Es ist bekannt, daß im UN-System die formale ZGO-Beteiligung vom ersten Tag an praktiziert wurde, während das GATT und die Weltbank bis in die 1980er, der IWF sogar bis in die 1990er Jahre praktisch umfassend nach außen abgeschottet waren (Willets 2000a). Haben sich diese Beteiligungsformen aber erst mit der zunehmenden Denationalisierung politischer Herrschaft entwickelt?

Um all diese Fragen, auch in historischer Perspektive, systematisch zu beantworten, sollen im ersten Hauptarbeitsschritt die *formalen* zivilgesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten in 32 internationalen Organisationen – bzw. *policy*-Bereichen oder Politiksträngen dieser Organisationen – anhand einer überschaubaren Anzahl von Indikatoren verglichen wer-

⁴³ Willets (2000a) bietet einen der wenigen systematischen Vergleiche von Partizipationsmöglichkeiten, beschränkt sich jedoch auf fünf Organisationen aus dem ökonomischen Bereich.

⁴⁴ Risse-Kappen (1995b: 283) mutmaßt, daß die Einbindung von ZGO-Akteuren umso höher ausfällt, je stärker *international governance* formal institutionalisiert ist. Intuitiv ist das zwar plausibel. Dem steht jedoch entgegen, daß sich in den Vereinten Nationen ein ausgesprochen komplexes und formalisiertes System der ZGO-Konsultation herausgebildet hat, das dem der stärker integrierten EU in vielen Politikbereichen voraus zu sein scheint. Genau deshalb sollten solche möglichen Zusammenhänge genauer untersucht werden.

den.⁴⁵ Auf diese Weise können aus dem Teilprojekt bereits nach zwei Jahren erste publikationsfähige Ergebnisse vorgelegt werden. Eine solche Bestandsaufnahme ist zudem eine unabdingbare Voraussetzung für alle weiteren Arbeitsschritte: Eine normativ gehaltvolle Partizipation ist schließlich nur dann zu erwarten, wenn einige ganz fundamentale, formale Voraussetzungen erfüllt sind, was den Zugang zu Beratungen und zu relevanten Informationen betrifft. Daher ist jede der 32 Institutionen auf die Kriterien 1 (Zugang) und 2 (Transparenz) hin zu prüfen. Folgende Arbeitsschritte stehen dabei an:

1. Erforschung des Verhältnisses von IOs und ZGOs in historischer Perspektive und Identifizierung wichtiger Veränderungen von 1970 bis heute. Quellen: Sekundärliteratur, Archive, ggf. kurze Telefoninterviews. Zu untersuchen sind im Hinblick auf die Partizipation vor allem:
 - Akkreditierungsregeln,
 - Anzahl der akkreditierten ZGOs,
 - Status und eventuell Kategorien der ZGOs,⁴⁶
 - thematisches Spektrum der akkreditierten ZGOs und
 - Form der Beteiligung am Beratungs- und Rechtssetzungsprozeß⁴⁷.
2. Zumindest für die aktuelle Situation sollen die formalen und realen Partizipationsmöglichkeiten und die Diskrepanz zwischen beiden durch telefonische Interviews mit Funktionären internationaler Organisationen und mit den Mitarbeitern der einschlägigen Interessenverbände bzw. ZGOs erhoben werden.
3. Messung der Transparenz der internationalen Organisation: Welche Dokumente sind allgemein zugänglich? Wieviel Prozent werden als geheim klassifiziert? Wie lang sind die Fristen der Deklassifizierung? Erleichtert eine Institution aktiv den Zugang zu ihren Dokumenten, etwa durch schnellen elektronischen Zugriff über das Internet?

⁴⁵ Eine Zahl in der Nähe von 30 stellt einen pragmatischen Kompromiß dar: Einerseits besteht der Wunsch, zumindest alle wichtigen internationalen Organisationen abzudecken, andererseits ist die voraussichtliche Personalausstattung des Projektes zu beachten. Was den Personalaufwand für die Bestandsaufnahme betrifft, wird angenommen, daß die Recherche der relevanten Informationen pro Organisation bzw. policy-Bereich in der EU durchschnittlich mindestens einige Arbeitswochen einer Vollzeitkraft in Anspruch nehmen wird, zuzüglich der Zeit für die Aufarbeitung der gesammelten Informationen.

⁴⁶ Bei den Vereinten Nationen gibt es beispielsweise drei verschiedene Kategorien von akkreditierten Nichtregierungsorganisationen, solche mit *general consultative status*, mit *special consultative status* und das sogenannte *roster* von Organisationen, die nur sehr selten konsultiert werden.

⁴⁷ Hier soll eine Typologie der ZGO-Beteiligung entwickelt werden, die sich beispielsweise an dem von De Schutter jüngst präsentierten Vorschlag (2002: 14) orientieren könnte, in dem verschiedene Grade von ZGO-Einfluß festgestellt wurden: *freedom of expression*, *simple consultation*, *committed consultation* und *participation*.

Dies soll, soweit rekonstruierbar, auch in der historischen Dimension untersucht werden.

All dies kann und soll mit der beantragten Personalausstattung für 32 Fälle geleistet werden. Nach diesem ersten Hauptarbeitsschritt wird klar sein, wie es um formale Partizipationsmöglichkeiten und um den Zugang zu Dokumenten in den wichtigsten Organisationen der *international governance* bestellt ist, und wie sich diese in den letzten Jahrzehnten verändert haben. Die Informationen zu Zugangsmöglichkeiten und Transparenz sollen sodann tabellarisch zusammengefaßt und skaliert werden. Als publikationsfähiges Ergebnis ist eine allgemeine Bestandsaufnahme zur Partizipation und Transparenz in den wichtigsten IOs geplant, deren Ergebnisse in kondensierter Form als Artikel in einer führenden Fachzeitschrift und in einer ausführlichen Form eventuell als Monographie, in jedem Fall als Arbeitspapier publiziert werden sollen.

Hauptarbeitsschritt 2: Vertiefende empirische Analyse von 6 Fällen

Hauptarbeitsschritt 1 schafft also einen historisch informierten, systematischen Überblick über die aktuelle Partizipationslandschaft in der *international governance*. Er beschränkt sich jedoch notwendigerweise auf die Kriterien des Zugangs zu den Beratungen selbst und zu den notwendigen Dokumenten. Doch die formale Möglichkeit der Teilhabe am politischen Prozeß allein verbessert ja noch nicht die demokratische Qualität von Regierungen jenseits des DRIS, also des demokratischen Rechts- und Interventionsstaates. Im zweiten Hauptarbeitsschritt sollen deshalb die beobachtbaren Effekte zivilgesellschaftlicher Partizipation in IOs in *vertiefenden* Fallstudien analysiert werden. Von einem Gewinn an Demokratie kann erst dann die Rede sein, wenn die vorgebrachten Anliegen und Argumente der *stakeholder* tatsächlich Eingang in die Gesetzgebung finden, wenn also eine ‚*substantielle*‘ Partizipation festgestellt werden kann. Dadurch verlagert sich auch der Fokus der Untersuchung von der Ebene der IOs als gesamthaften Untersuchungseinheiten auf einzelne Beratungs- und Entscheidungsprozesse zu besonderen Politikfeldern bzw. Politiksträngen der Organisationen, die im einzelnen zu analysieren sind.

Eine Analyse des tatsächlichen Einflusses von Argumenten der ZGOs ist unter methodischen Gesichtspunkten sehr anspruchsvoll. Es ist nicht damit getan, zu überprüfen, ob die IO die politische Forderung „x“ der ZGO verwirklicht. Der Zugewinn an Demokratie liegt ja nach dem deliberativen Modell darin, daß sich die Begründungsstandards der Beratungsprozesse durch die Beteiligung der ZGOs erhöhen. Im Mittelpunkt der Analyse steht also die Qualität des politischen Diskurses, der regelsetzenden oder verteilenden Entscheidungen von IOs vorausgeht.⁴⁸ Ansätze zur Verbindung von empirischer Diskursanalyse mit den normati-

⁴⁸ Das diskursanalytische Instrumentarium ist in den letzten Jahren stark verfeinert worden (Titscher u.a. 2000) und schließt neben der linguistischen Analyse zunehmend auch die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Sprachgebrauchs ein (Van Dijk 2001).

ven Kriterien deliberativer Politiktheorien gibt es erst seit kurzer Zeit, etwa in der sogenannten *arguing*-Literatur, in der die Rolle von Argumenten – unterschieden von strategischen Interessen – in internationalen Verhandlungen thematisiert wird.⁴⁹ In ähnlicher Weise haben Holzinger (2001) sowie Steenbergen u.a. (2002) den Versuch unternommen, Sprechakte und Sprecherverhalten in politischen Beratungen zu typisieren.

Das Anliegen des Teilprojekts B5 ist zwar insofern ähnlich, als es auch hier darum geht, Deliberation an theoriegeleiteten Kriterien zu messen. Im Unterschied zu Holzinger und Steenbergen wird in B5 jedoch nicht auf mündliche Debatten, sondern auf schriftliche Dokumente als Datensatz zurückgegriffen, etwa auf Positionspapiere, politische Programme, Pressemitteilungen, stichpunktartige *minutes* von Verhandlungen usw.⁵⁰ Die Diskursanalyse wird sich daher an Indikatoren orientieren, die im Vorgriff auf dieses Projekt entwickelt wurden und die auf die Analyse zivilgesellschaftlicher Beteiligung in politischen Diskursen zugeschnitten sind. Die *Untersuchung von Argumentationen* in Texten wird sich an den drei oben ausführlich beschriebenen Kriterien der Rechtfertigung, der Responsivität und der Inklusion orientieren.⁵¹ Auf der Grundlage dieser Kriterien lassen sich nun folgende drei diskursanalytische Forschungsfragen formulieren:

- **Rechtfertigung:** Werden Positionen und Entscheidungen der IOs mit Bezug auf zivilgesellschaftlich vorgebrachte Anliegen und Kritik gerechtfertigt?
- **Responsivität:** Finden Positionen der ZGOs *de facto* Eingang in den Beratungs- und Entscheidungsprozeß der IOs und/oder in deren Agenda, also in programmatische Dokumente und Handlungsvorschläge der IOs?
- **Inklusion:** Werden alle Anliegen potentiell regelungsbetroffener Gruppen systematisch in die Beratungs- und Entscheidungsprozesse aufgenommen? Fördern IOs die direkte – oder indirekte, z.B. über die Berücksichtigung von Gegenexpertisen – Einbeziehung auch bislang marginalisierter *stakeholder* in den politischen Prozeß?

⁴⁹ Zur Unterscheidung von Verhandeln und Argumentieren in politischer Kommunikation s. grundlegend Elster (1986), Müller (1995) sowie die Diskussion in Saretzki (1996). Zur aktuellen Diskussion über die Rolle von Argumenten in der internationalen Politik s. Risse (2000), Keohane (2001) und Payne (2001). Jens Steffek, der in diesem Teilprojekt als Hauptmitarbeiter vorgesehen ist, hat ein Jahr im Projekt ‚Arguing and Bargaining in International Negotiation‘ mitgearbeitet, das von der VolkswagenStiftung finanziert und von Prof. Harald Müller und Thomas Risse geleitet wird. Jens Steffek hat insoweit einschlägige methodische und thematische Erfahrungen.

⁵⁰ Somit ist z.B. Steenbergens Indikator, ob Diskursteilnehmer einander in der direkten Rede unterbrechen oder nicht, für das vorliegende Projekt nicht brauchbar.

⁵¹ Was hier mit ‚Argumentationsanalyse‘ bezeichnet wird, ist ein Spezialfall der Diskursanalyse, der sich auf argumentative Verknüpfungen in begründenden Aussagen bezieht (Kopperschmidt 1989; s. auch Weiss 1992).

Für die Analyse der Rechtfertigung ist das Instrumentarium der Argumentationsanalyse für dieses Projekt zu verfeinern (s.u. Arbeitsplan).⁵² Bei der Analyse von Responsivität muß in diskurs-historischer Betrachtung (Wodak 2001) herausgefunden werden, ob ein Diskursgegenstand *x*, der von zivilgesellschaftlichen Akteuren am Zeitpunkt *t*₁ neu in die Beratung bei der IO eingebracht wurde, am Zeitpunkt *t*₂ Teil der IO-eigenen Agenda geworden ist. Es geht im Falle der Responsivität also darum, die Veränderung von politischer Programmatik über einen bestimmten, je nach Fall festzulegenden Zeitraum nachzuzeichnen. Die Frage der systematischen Inklusion der potentiellen Anliegen aller *stakeholder* kann nur durch eine Kombination von Instrumenten beantwortet werden. Erstens kann ein Vergleich angestellt werden zwischen Betroffenenanliegen, die außerhalb der IO artikuliert werden (Presse, ZGO-Foren), und jenen, die tatsächlich Eingang in die Beratung finden. Zweitens kann festgestellt werden, ob die Beratungsinstitutionen bei der IO die Artikulation der Anliegen von benachteiligten Gruppen (etwa aus Entwicklungsländern) aktiv fördern. Drittens verweist die Inklusionsthematik aber auch zurück auf die Mittlerrolle der ZGOs zwischen IOs und Regelungsbetroffenen, und also auf die Frage der Interessendefinition und Politikformulierung in der Zivilgesellschaft selbst. Die ZGOs werden aus diesem Grund im Hauptarbeitsschritt 3 Gegenstand der Analyse sein (s. unten).

Die Inklusionsthematik weist im Hinblick auf die Untersuchungsmethode aber auch auf den allgemeineren Punkt hin, daß eine Analyse von Texten allein noch nicht ausreicht, um die Frage nach der demokratischen Qualität von Partizipation bei IOs zu klären. Es gilt vielmehr, auch die sozialen Rahmenbedingungen zu untersuchen, unter denen die Beratungen stattfinden. Im Rahmen der vertiefenden Fallstudien sollen daher auch Interviews mit Vertretern der IOs und der ZGOs geführt werden. In diesen semi-strukturierten Interviews werden die an den Beratungen Beteiligten gebeten, ihre persönlichen Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen IOs und ZGOs wiederzugeben. Haben die Beteiligten selbst den Eindruck eines konstruktiven Dialogs, in dem die Argumente aller Beteiligten gewürdigt werden? Falls nein, warum nicht? Idealerweise sollten die Antragstellerin und die anderen Projektmitarbeiter auch direkt an den Verhandlungen und Beratungen zwischen IOs und ZGOs teilnehmen. Dies sollte angestrebt werden, um Deliberationsprozesse teilnehmend beobachten zu können.⁵³ Ob dies möglich ist, wird im Einzelfall von den formalen Zugangsbedingungen und der Kooperationsbereitschaft der Organisationen abhängen.⁵⁴

⁵² Die Antragstellerin kann dabei auf sprachtheoretische Vorstudien aufbauen.

⁵³ Die Antragstellerin hat im Rahmen ihrer Dissertation (Nanz 2001) semi-strukturierte Interviews durchgeführt und die Methode der „teilnehmenden“ Beobachtung verwendet, so daß ihr beide Methoden vertraut sind.

⁵⁴ Wissenschaftler bzw. Wissenschaftseinrichtungen können bei einigen internationalen Organisationen Beobachterstatus erhalten, so daß sie ZGO-Vertretern formal gleichgestellt wären. So ist etwa Jens Steffek bereits beim UN-Klimaschutzsekretariat akkreditiert. Diese Möglichkeit gibt es jedoch nicht bei allen IOs. Patrizia Nanz hat aus ihrer bisherigen Arbeit bereits zahlrei-

Hauptarbeitsschritt 3: Vertiefende empirische Analyse der ZGOs

Die Inklusion der Anliegen Betroffener durch zivilgesellschaftliche Artikulation hat wichtige Auswirkungen auf die demokratische Legitimation von Regieren jenseits des Nationalstaates. Aus diesem Grund sind auch die Prozesse der Interessendefinition und Politikformulierung in den ZGOs kritisch zu analysieren. Dabei werden auch hier die fünf genannten Kriterien für demokratische Partizipationsformen angewendet – mit dem Unterschied, daß nun die Kommunikationsprozesse innerhalb der ZGOs und ihre Zugänglichkeit für *stakeholder* untersucht werden sollen. Entscheidend ist dabei nicht, ob die Anliegen, die eine ZGO vertritt – nach einem wie auch immer exogen definierten Maßstab – repräsentativ sind, sondern ob die ZGO in ihren Verfahren für einen argumentativen *input* seitens der Regelungsbetroffenen offen ist. Dabei müssen insbesondere ZGOs, die angeben, im Namen besonders benachteiligter *stakeholder* zu sprechen, kritisch auf ihre Offenheit für *inputs* aus diesen Gruppen überprüft werden. Zivilgesellschaftliche Akteure werden in diesem Schritt also mit genau dem Maßstab gemessen, der auch an die IOs angelegt wird. Dieser letzte empirische Arbeitsschritt bedarf einer methodischen Verfeinerung. Diese Präzisierung kann aber – nach dem hier vorgestellten Zeitplan – erst im 8. und 9. Jahr, also im zweiten Drittel der Gesamtlaufzeit, vorgenommen werden, so daß die bis dahin gemachten Erfahrungen voll eingebracht (und für die dritte Phase genutzt) werden können.

Hauptarbeitsschritt 4: Demokratietheoretische Bewertung und Entwicklung von Reformvorschlägen

Die ersten drei Arbeitsschritte dieser Studie werden die Grundlage dafür schaffen, die empirisch vorgefundenen Partizipationsformen aus 6 internationalen Organisationen sowie aus einer gleichen Anzahl ZGOs umfassend auf ihr Demokratisierungspotential hin zu bewerten. In der abschließenden normativen Bewertung dieser Ergebnisse wird sodann zu entscheiden sein, ob die generelle Annahme gerechtfertigt ist, daß sich die Beratungs- und Begründungsqualität in internationalen Organisationen durch zivilgesellschaftliche Beteiligung erhöht. Durch die Zusammenschau der Einzelergebnisse sollen außerdem institutionelle Arrangements identifiziert werden, die eine politische Partizipation sicherstellen können, welche den Anforderungen des deliberativen Demokratiemodells genügen oder ihnen zumindest entgegenkommen. Auf dem Wege einer demokratietheoretisch angeleiteten empirischen Forschung sollen darüber hinaus einige konkrete Reformvorschläge für internationales Regieren erarbeitet werden.⁵⁵

che informelle Kontakte und Zugang zu (innerinstitutionellen, also sonst nicht öffentlichen) Dokumenten des Bereiches *Justice and Home Affairs* in der EU gefunden.

⁵⁵ Umgekehrt können – und sollen – auch deliberativ-demokratische Ideen durch die empirische Analyse von Politikprozessen kritisch überprüft werden. Dadurch ließe sich auch die Theorieentwicklung voranbringen, z.B. durch die Weiterentwicklung eines empirisch informierten normativen Begriffs von Legitimität politischer Herrschaft.

Fallauswahl in allen Phasen

In der vorgestellten empirischen Untersuchung steht insgesamt *dreimal* eine Fallauswahl an: Erstens ist eine größere Anzahl von Organisationen für die Bestandsaufnahme auszuwählen – da die EG/EU im Vergleich mit den meisten anderen IOs ein Gigant ist und außerdem die einzige ‚supranationale‘ regionale Organisation, sollen mehrere ihrer *Policy*-Bereiche bzw. Politikstränge in die Bestandsaufnahme eingehen. Zweitens sind daraus wiederum sechs Fälle für eine vertiefende Analyse zu bestimmen. Drittens ist eine kleine Zahl von ZGOs – wir gehen derzeit auch von 6 Fällen aus – für die Analyse in Gesamtarbeitsschritt 3 auszusuchen.

Wie schon erwähnt, sollen die Organisationen, die im *ersten Hauptarbeitsschritt* auf formale Zugangsmöglichkeiten und Transparenz hin zu untersuchen sind, zunächst entsprechend ihrer Relevanz für das internationale Politikgeschehen ausgewählt werden. Außerdem muß eine Varianz über verschiedene politische Themenfelder hinweg gewährleistet sein. Die folgende Auswahl ist von dem Gedanken bestimmt, daß die im Entstehen begriffene politische Weltgemeinschaft derzeit sechs fundamentalen Herausforderungen gegenübersteht, nämlich (1.) der Gewährleistung von Sicherheit und Frieden, (2.) der Regulierung der Handels- und Wirtschaftsströme, (3.) dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Umweltschutz), (4.) der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung weiter Teile der Welt, (5.) der Einhaltung der Menschenrechte und (6.) der internationalen Währungs- und Finanzpolitik. All dies sind Probleme, die Staaten in Zeiten globaler Interdependenz nicht mehr in Eigenregie lösen können und bei denen sie daher auf internationale Kooperation angewiesen sind. Aus normativer Sicht sind insbesondere im Fall der Regelung solch bedeutender Problemfelder des Weltregierens demokratische Partizipationsmöglichkeiten unerlässlich.⁵⁶

In Tabelle 1 findet sich ein Überblick zu den Fällen, die für die Bestandsaufnahme der Partizipationsmöglichkeiten und der Transparenz vorgesehen sind.

Mit diesen 32 Fällen können die wichtigsten Bereiche internationaler Kooperation durch intergouvernementale Organisationen bzw. ihre *Policy*-Felder abgedeckt werden. Daß die Zellen dieser Tabelle unterschiedlich stark bestückt sind, liegt allein an der unterschiedlichen Regelungsintensität in den verschiedenen Politikbereichen. So ist internationale Kooperation in den Politikfeldern Entwicklung und Umweltschutz bereits wesentlich stärker ausdifferenziert als im Bereich der Menschenrechte oder bei Währungs- und Finanzfragen.

⁵⁶ Freilich haben auch Organisationen wie der Weltpostverein (UPU) oder die Weltmeteorologieorganisation (WMO) seit geraumer Zeit wichtige Koordinationsleistungen erbracht. Diese Organisationen scheinen aber für die hier verfolgte Fragestellung nicht so ergiebig.

**Tabelle 1: Spektrum der Fälle für eine Bestandsaufnahme.
Internationale Organisationen samt Policy-Feldern bzw. Politiksträngen***

Schwache Verteilungsimplicationen	Starke Verteilungsimplicationen
(1) Sicherheit	(2) Handel und Wirtschaft
<ul style="list-style-type: none"> • Sicherheitsrat der Vereinten Nationen • <i>Nordatlantik-Pakt (NATO)</i> • <i>Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE)</i> • <i>EU / Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (CFSP)</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Welthandelsorganisation (WTO) • Weltwirtschaftsgipfel (G 8) • Internationale Arbeitsorganisation (ILO) • World Intellectual Property Organisation (WIPO) • <i>EG / Außenhandel und Zoll</i> • <i>EG / Industriepolitik</i>
(3) Umweltschutz	(4) Entwicklung
<ul style="list-style-type: none"> • Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) • Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) • Montrealer Protokoll über Substanzen, die die Ozonschicht schädigen • Basel Convention on Hazardous Waste • Washingtoner Artenschutzabkommen (CITES) • <i>Weiträumige, grenzüberschreitende Luftverschmutzung in Europa (LRTAP)</i> • <i>EG – Umweltpolitik / Europäische Umweltagentur (Kopenhagen)</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Weltbank-Gruppe • Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) • Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) • Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) • Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) • Weltgesundheitsorganisation (WHO) • <i>Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)</i> • <i>EG / Strukturpolitik</i>
(5) Menschenrechte	(6) Währung und Finanzen
<ul style="list-style-type: none"> • Menschenrechtspolitik der UNO (insbesondere UN Hochkommissar für Menschenrechte) • <i>EU / Asyl- und Einwanderungspolitik</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Internationaler Währungsfonds (IMF) • Bank für internationalen Zahlungsausgleich • <i>Europäische Zentralbank (ECB)</i> • <i>EU / Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) (insbesondere die Koordinierung der Budgetpolitiken)</i>

Anmerkung:

* Deutscher Name, falls gebräuchlich, in Klammern dann jeweils die international gängigen Abkürzungen. Regionale Organisationen sind *kursiv* hervorgehoben worden.

Die Fälle sind in Tabelle 1 zusätzlich noch in zweierlei Hinsicht vorstrukturiert:

Erstens wird, wie die 2 Spalten zeigen, entsprechend der Intensität der Verteilungsdimension unterschieden. Diese Unterscheidung folgt der Idee, daß Formen und Erfolg zivilgesellschaftlicher Partizipation vom spezifischen *Governance*-Typ abhängen. So könnte man mit einiger Plausibilität erwarten, daß Staatenvertreter und Funktionäre internationaler Organisationen bei der *Regelsetzung* offener für zivilgesellschaftliche Partizipation sind als bei distributiv orientierter *governance*, schon weil z.B. die Einbindung von *epistemic communities* die Mobilisierung zusätzlicher und relevanter Expertise verspricht (Haas 1992; s.a. Hasenclever u.a. 1997: 149 ff.). In *distributiven* Entscheidungskontexten dürfte demgegenüber eine Tendenz zur Abschottung des Verhandlungs- und Entscheidungsprozesses gegen die Einsicht- und Einflußnahme zivilgesellschaftlicher Akteure und ein Hang zur Geheimhaltung und Intransparenz anzunehmen sein.

Zweitens lassen sich innerhalb der Politikfelder global und regional agierende Organisationen unterscheiden. Regionale Organisationen sind in Tabelle 1 *kursiv* wiedergegeben. Da der Fokus des Sfb auf der *OECD-Welt* liegt, wurden nur regionale internationale Organisationen aus diesem Raum ausgewählt. Die Einteilung in global/regional wurde zudem von dem Gedanken bestimmt, daß zivilgesellschaftliche Partizipationsformen bei einem hohem Grad von Institutionalisierung eines internationalen Regimes auch tendenziell höher entwickelt sein sollten (Risse-Kappen 1995b: 283). Dies gilt vor allem für die Fälle aus dem Bereich der EG/EU. Die Strukturierung der Fallauswahl nach geographischer Reichweite und Verteilungsimplicationen wird es auch ermöglichen, bei der Auswertung der Bestandsaufnahme Aussagen über einzelne Gruppen von internationalen Organisationen zu machen und die Partizipations- sowie die Transparenzsituation zwischen den einzelnen Gruppen zu vergleichen.

Für den *zweiten Hauptarbeitsschritt*, also die vertiefende Untersuchung der Beratungsqualität mittels Argumentationsanalysen, Interviews und teilnehmender Beobachtung, soll nun aus jedem der 6 genannten Politikbereiche *ein* Fall ausgewählt werden. Dieses Vorgehen wird in Tabelle 2 *beispielhaft* konkretisiert. Bei der Auswahl wird darauf zu achten sein, daß noch etwas Varianz zwischen globaler und regionaler Ebene erhalten bleibt. Diese Fallstudien werden allesamt recht aufwendig ausfallen: Die Beratungs- und Entscheidungsprozesse in den Organisationen werden in „Nahaufnahme“ untersucht, also mit Interviews, Argumentationsanalysen von Dokumenten und ggf. teilnehmender Beobachtung vor Ort. Daher müssen für jede vertiefende Fallstudie 2 Personenjahre veranschlagt werden, was eine Begrenzung der Erhebung auf maximal 6 Fälle nahe legt.

Für die erste Phase (2003-2006) sind bereits zwei dieser vertiefenden Fallstudien vorgesehen, vier weitere folgen in der Phase 2.⁵⁷ Es sollen in explorativer Absicht ein zentraler Poli-

⁵⁷ In der ersten Projektphase wäre aus synergetischen Gründen auch eine engere Verknüpfung mit Teilprojekt A1 denkbar, wenn man die *WTO* statt die Weltbank untersuchte. Da in Teil-

tikstrang der Weltbank und die Asyl- und Einwanderungspolitik der EU untersucht werden (s. Tabelle 2, Felder 4, 5). Diese beiden Fälle scheinen für eine Sondierung besonders geeignet, da sie auf der geographischen Ebene und hinsichtlich der distributiven Folgen divergieren. Partizipationsoffenheit und eine gewisse Vielfalt der Partizipationsmöglichkeiten sind in beiden Fällen zu erwarten, was zumindest für die erste Projektphase von Vorteil ist, weil so der Beteiligungsspielraum in hinreichendem Umfang ausgemessen werden kann. Die Weltbank als wichtigster multinationaler Geldgeber der Entwicklungshilfe war eine der ersten Organisationen, die sich aktiv um einen Dialog mit der Zivilgesellschaft bemüht hat. Die Anstrengungen auf EU-Ebene, eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik zu formulieren, scheinen ein besonders interessanter Fall zu sein, weil die Union hier beginnt, in einen klassischen Hoheitsbereich des Nationalstaates einzugreifen, indem sie sozusagen in das Innerste, das Herz des innenpolitischen Ressorts vordringt (klassischer Text dazu Garth 1986).

Auch eine *mögliche* Fallauswahl für die weiteren vier Fälle ist in Tabelle 2 dargestellt. Auf globaler Ebene bietet es sich an, neben der – meist weniger beachteten – Weltbank Politikstränge aus den beiden anderen Schlüssel-Institutionen der ökonomischen *global governance* zu untersuchen, nämlich der WTO als wichtigstes Steuerungsinstrument im Bereich Waren- und Dienstleistungsverkehr, sowie dem IMF als wichtigste Finanzinstitution.⁵⁸ Als thematische Ergänzung dazu scheint das globale Klimaschutzregime gut geeignet, da es das vermutlich wichtigste (weil potentiell folgenschwerste) globale Umweltproblem bearbeitet, und da zudem die Klimaproblematik sehr stark mit den Themenfeldern Handel und Entwicklung vernetzt ist. Aus diesem Grund kann man annehmen, daß das Klimaregime in Zukunft ebenfalls eine Schlüsselstellung in der *global governance* einnehmen wird.⁵⁹ Als Ergänzung zu diesen global agierenden Organisationen bietet sich für das Politikfeld Sicherheit die Wahl eines Politikstrangs aus einer weiteren regionalen Organisation aus dem OECD-Bereich an. Hier ist derzeit die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE) vorgesehen, weil sie anders als die NATO vor allem auf nicht-militärische Mittel der Konfliktbeilegung und Konfliktprävention abstellt und somit schon aus rein sachlichen Gründen mehr potentiellen Raum für zivilgesellschaftliche Beteiligungsformen bietet.

projekt B5 auf die zivilgesellschaftliche Partizipation viel stärker abgestellt wird als dies in Teilprojekt A1 geschieht, könnten sich diese beiden Teilprojekte genau ergänzen. Eine solche Fallauswahl ist weiterhin möglich, würde aber die thematische Reichweite des Gesamt-Sfb in der ersten Phase verringern.

⁵⁸ Dabei werden jeweils spezifische Entscheidungsprozesse bzw. Politikstränge ausgewählt, wie etwa der Schuldenerlaß im IMF.

⁵⁹ Das Klimaregime ist formal zwar (noch) keine eigenständige internationale Organisation, verfügt aber seit 1996 über ein Sekretariat mit inzwischen mehr als 150 Mitarbeitern, das in Bonn angesiedelt ist.

Tabelle 2: Mögliche Fallauswahl für die vertiefenden Fallstudien

Vorwiegend regelsetzende Organisationen/Policy-Felder	Vorwiegend verteilungsorientierte Organisationen/Policy-Felder
<i>(1) Sicherheit</i>	<i>(2) Handel und Wirtschaft</i>
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE)	Welthandelsorganisation (WTO)
<i>(3) Umweltschutz</i>	<i>(4) Entwicklung</i>
Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC)	Weltbank-Gruppe
<i>(5) Menschenrechte</i>	<i>(6) Währung und Finanzen</i>
EU / Asyl- und Einwanderungspolitik	Internationaler Währungsfonds (IMF)

Was die Wahl der vier Fälle für die zweite Projektphase ab 2007 angeht, so erscheint es, wie oben schon ausgeführt, zweckmäßig, zunächst die Untersuchungsergebnisse der Bestandsaufnahme zu den 32 Fällen in der ersten Phase abzuwarten. Denn es hat nur Sinn, Organisationen im Hinblick auf die Kriterien 3, 4 und 5 näher zu untersuchen, die bei den Kriterien 1 und 2 ein Mindestmaß an „Offenheit“ zeigen. Dies könnte insbesondere beim IMF relevant werden, der lange als partizipatorischer ‚Problemfall‘ galt, sich in der letzten Zeit aber um mehr Offenheit bemüht (Tussie/Riggirozzi 2001: 168). Ein Fall wie der IMF könnte gerade aufgrund der begrenzten Partizipationsmöglichkeiten heuristisch als Kontrastfolie für die Effekte zivilgesellschaftlicher Partizipation in anderen Organisationen genutzt werden. Die Auflistung von Organisationen in Tabelle 2 ist daher *vorläufig* und steht für eine Fallauswahl, wie sie beim jetzigen Erkenntnisstand als sinnvoll erachtet wird.

Auch über die Auswahl der 6 ZGOs, die zur Untersuchung im *dritten Hauptarbeitsschritt* anstehen, kann erst später, und zwar nach Auswertung der Ergebnisse der ersten beiden Phasen, entschieden werden. Es ist vorgesehen, für jedes der oben genannten Themenfelder eine ZGO zu wählen, die sich in den empirischen Analysen als wirkungsmächtig erwiesen hat.

Exkurs: Kooperationspartner

Folgende Kooperationsbeziehungen zu ausgewiesenen Experten bestehen und sollen im Rahmen des Projektes vertieft werden:

- *USA*: Prof. Joshua Cohen, MIT, Boston; Prof. Seyla Benhabib, Yale University; Prof. Marco Steenbergen und Jürg Steiner, University of North Carolina, Chapel Hill, NC;
- *Italien/EHI*: Prof. Friedrich Kratochwil, Claus-Dieter Ehlermann und Philippe Schmitter, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz;
- *Belgien*: Prof. Olivier De Schutter, Université Catholique de Louvain;

- *Niederlande*: Prof. Deidre Curtin, Universiteit Utrecht;
- *Großbritannien*: Prof. David Held und Dr. Mathias König-Archibugi, LSE, London.

3.5.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

Wie verteilen sich nun die oben dargestellten 4 Hauptarbeitsschritte, die auf den gesamten Zeitraum des Teilprojektes von 12 Jahren bezogen sind, auf die drei Phasen des Sfb?

Phasen insgesamt

In der *ersten* Phase (2003-2006) wird die Bestandsaufnahme durchgeführt, die Methodik der Argumentationsanalyse verfeinert und werden zwei vertiefende Fallstudien durchgeführt, und zwar über einen Politikstrang der Weltbank und zur Asyl- und Einwanderungspolitik der EU. Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme der internationalen Partizipationslandschaft sollen bereits nach etwa zwei Jahren vorliegen und publiziert werden. Danach sollen die zwei vertiefenden Fallstudien durchgeführt und bis Ende 2006 abgeschlossen werden. Angesichts des Umfangs dieser zwei vertiefenden Untersuchungen sollen diese Arbeiten jeweils als Monographie veröffentlicht werden.

In der *zweiten* Phase (2007-2010) werden diese Untersuchungen durch die Bearbeitung von vier weiteren IOs komplettiert (s. oben Tabelle 2 und den Text dazu), so daß am Ende dieser Phase ein umfassender Überblick zum Thema Partizipation und Legitimation in den internationalen Beziehungen vorliegen wird.

In der *dritten* Phase (2011-2014) werden sodann 6 zivilgesellschaftliche Organisationen als vertiefende Fallstudien untersucht. Die normative Auswertung wird fortgesetzt. Ferner wird auf der Grundlage des empirischen Materials ein institutioneller Reformvorschlag für eine demokratische Restrukturierung von *global governance* erarbeitet und sollen die Gesamtergebnisse des Teilprojekts in einem (englischsprachigen) Band gebündelt international vorgestellt werden.

Zeitplan für die erste Phase

Die in der ersten Phase (2003-2006) vorgesehenen Arbeiten lassen sich nun bereits sehr detailliert auflisten. Dabei ist daran zu erinnern, daß die *Hauptarbeitsschritte*, die auf das Gesamtvorhaben von 12 Jahren als Einheit zugeschnitten worden sind, nicht mit den detaillierten *Unterarbeitsschritten* aus Phase 1 übereinstimmen.

Unterarbeitsschritte	2003		2004		2005		2006	
Beschreibung der formalen Partizipationsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure und der Transparenz in 32 internationalen Organisationen								
Abgleich der formalen und der realen Partizipationsmöglichkeiten durch Telefoninterviews mit Funktionären der IOs und ZGOs								
Zusammenfassung der Einzelergebnisse zu einer Gesamtbeschreibung der internationalen Partizipationslandschaft								
Durchführung von 2 von 6 vertiefenden Fallstudien mit Argumentationsanalyse auf der Grundlage schriftlicher Dokumente								
Zusammenfassung der Ergebnisse der 2 vertiefenden Fallstudien und Verfeinerung des evaluativen Instrumentariums für Phase II								
Anfertigung des Abschlußberichtes, der aus der Bestandsaufnahme und den beiden Monographien über die Fallstudien besteht								

3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojekts

Das Teilprojekt B5 beschäftigt sich mit der Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure an politischen Beratungen und Entscheidungen jenseits des Nationalstaates sowie mit der Bewertung ihres möglichen Legitimationspotentials für das internationalisierte Regieren. Sollte sich zeigen, daß die Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure in internationalen Organisationen tatsächlich zu einer demokratischen Legitimierung internationalisierten Regierens beiträgt, so wäre dies gemäß der Konzeptualisierung des Sfb 1953 als eine *Internationalisierung* von Staatlichkeit in der Legitimationsdimension zu betrachten. Die demokratische Legitimierung des Regierens würde nicht mehr ausschließlich innerhalb des demokratischen Nationalstaates erfolgen; vielmehr würde sie eben auch jenseits des DRIS in internationalen Organisationen erreicht werden können.

Abbildung 1: Die zwei Achsen des Wandels in der Legitimationsdimension



In dem Teilprojekt B5 kann damit an zwei andere Teilprojekte des Sfb angeknüpft werden:

Im Teilprojekt B1 („Wandel demokratischer Legitimation“) werden die Folgen von Internationalisierung und Deparlamentarisierung für die Legitimationsmechanismen *innerhalb des DRIS* untersucht und wird gewissermaßen die nationalstaatliche Innenperspektive eingenommen. Das vorliegende Teilprojekt beginnt am selben Ausgangspunkt, das heißt der Beobachtung einer Internationalisierung von Herrschaft und eines Verlustes nationalstaatlicher Problemlösungskompetenz. Im vorliegenden Teilprojekt werden von dort aus dann jedoch nicht die etwaigen Legitimitätsdefizite des DRIS, sondern die Möglichkeiten einer Demokratisierung der neu entstehenden Herrschaftsstrukturen *jenseits* des DRIS erforscht. In B5 wird somit die *Außenperspektive* eingenommen, also das Geschehen aus der Sicht des bereits internationalisierten Regierens betrachtet.

An dieser Stelle knüpft das Vorhaben an Teilprojekt A1 („Sozialregulierung und Welt-handel“) an, in dem aus einem ähnlichem Blickwinkel heraus die Chancen einer Konstitutionalisierung internationalen Regierens untersucht werden. Während in Teilprojekt A1 jedoch die internationalisierte Herrschaft vorwiegend in der *Rechtsdimension* ausgelotet wird und man sich dort vor allem mit der EG und der WTO befaßt, wird in dem vorliegenden Teilprojekt die *politische* Ebene internationalisierten Regierens querschnittsartig in 32 Fällen untersucht. Dabei wird vor allem auf die zivilgesellschaftlichen Herausforderungen im politischen Entscheidungsprozeß abgestellt. Allerdings sind einige Synergieeffekte bereits gegeben und weitere möglich und wünschenswert.

Berührungspunkte gibt es desweiteren mit Teilprojekt B3 („Öffentlichkeit“), in dem die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit in Europa erforscht wird, gedacht als Voraussetzung für eine erfolgreiche Legitimitätsbildung und Demokratisierung der *EU-polity*, sowie mit Teilprojekt B4 („Internet“), in dem der mögliche Einfluß des Internets auf veränderte Legitimitätsmuster untersucht und dabei nach technisch induzierten, innovativen Legitimationsverfahren gefragt wird. Daneben sind auch Synergieeffekte mit Teilprojekt A3 („Transnational governance und internationales Recht“) wahrscheinlich, in dem aus *rechtlicher* Sicht

der Rolle nicht-staatlicher Akteure im Regelsetzungsprozeß einer *transnational governance* nachgegangen wird.

Das vorliegende Teilprojekt vervollständigt somit den Teilbereich B des Sfb, indem die Erforschung der Legitimation von Regieren jenseits des DRIS um die *institutionelle* Dimension von *internationalem* Regieren bereichert wird. Zugleich ergänzt es den Bereich A des Sfb, indem der juristischen Perspektive auf internationale Konstitutionalisierungsprozesse und der Rolle transnationaler nicht-staatlicher Akteure eine dezidiert *demokratiethoretisch-politische* Betrachtung an die Seite gestellt wird. Zum Gesamt-Sfb trägt das Teilprojekt B5 u.a. dadurch bei, daß es als einziges Teilprojekt den Spielraum von Demokratisierung jenseits des Nationalstaats (und der EU) auslotet und so der ‚Internationalisierung‘ in der Legitimationsdimension (Bereich B) eine neue Qualität abgewinnt.

Die Entwicklungsperspektive des Teilprojekts B5 ist oben bei den vier Hauptarbeitsschritten (s. 3.5.2 unter Untersuchungsmethode), die über den gesamten potentiellen 12-Jahreszeitraum reichen, schon ausführlich dargestellt worden. Hiernach kann, zusammenfassend gesagt, das *interface* zwischen IOs und ZGOs in der internationalen Gesellschaftswelt insgesamt (Bestandsaufnahme) und auch in der Nahaufnahme (Fallstudien zu 6 IOs und 6 ZGOs) untersucht und können in Anwendung verfeinerter und vertiefter normativer Analysen schließlich auch Reformvorschläge entwickelt werden.

3.7 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten

Projekte verwandten Zuschnitts werden von der DFG und anderen Zuwendungsgebern nicht gefördert.

Literatur

- Ackerman, Bruce (1991) *We the People* Cambridge, MA: Belknap Press of Harvard University Press
- Acuña, Carlos & M. Fernanda Tuozzo (2000) „Civil Society Participation in the World Bank and Inter-American Development Bank Programs: The Case of Argentina“ *Global Governance* 6:4 443-456
- Albert, Mathias (2002) *Zur Politik der Weltgesellschaft. Identität und Recht im Kontext internationaler Vergesellschaftung* Weilerswist: Velbrück Wissenschaft
- Alger, Chadwick (2002) „The Emerging Roles of NGOs in the UN System: From Article 71 to a People's Millennium Assembly“ *Global Governance* 8:1 93-117
- Altwater, Elmar & Birgit Mahnkopf (1996) *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft* Münster: Westfälisches Dampfboot
- Andersen, Uwe & Wichard Woyke (1995) *Handwörterbuch Internationale Organisationen* Opladen: Leske + Budrich
- Anheier, Helmut, Marlies Glasius & Mary Kaldor, Hg. (2001) *Global Civil Society 2001* Oxford: Oxford University Press
- Archibugi, Daniele, David Held & Martin Köhler, Hg. (1998) *Re-imagining Political Community. Studies in Cosmopolitan Democracy* Cambridge: Polity Press
- Armstrong, Kenneth (2001) „Civil Society and the White Paper – Bridging or Jumping the Gaps?“ *The Jean Monnet Working Paper* 6:1 1-11 (<http://www.jeanmonnetprogram.org/papers/01/011601.html>)
- Arts, Bas (1998) *The Political Influence of Global NGOs. Case Studies on the Climate and Biodiversity Conventions* Utrecht: International Books
- & Math Noortmann & Bob Reinalda, Hg. (2001) *Non-State Actors in International Relations* Aldershot: Ashgate
- Baker, Gideon (2002) *Civil Society and Democratic Theory: Alternative Voices* London: Routledge
- Banchoff, Thomas & Mitchell P. Smith (1997) „Conceptualizing legitimacy in a contested polity“ in dies., Hg. *Legitimacy and the European Union. The Contested Polity* London: Routledge 1-23
- Barber, Benjamin R. (1999) „Clansmen, Consumers, and Citizens: Three Takes on Civil Society“ in Fullinwider 1999 9-31
- Beisheim, Marianne & Michael Zürn (1999) „Transnationale Nicht-Regierungsorganisationen. Eine Antwort auf die Globalisierung?“ in Klein 1999 306-319
- Bellamy, Richard & Dario Castiglione (2000) „The uses of democracy. Reflections on the European democratic deficit“ in Erik O. Eriksen & John E. Fossum, Hg. *Democracy in the European Union. Integration through Deliberation?* London: Routledge 65-84
- Benhabib, Seyla, Hg. (1996) *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political* Princeton, NJ: Princeton University Press
- (1999) *Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung* Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch

- Benner, Thorsten, Wolfgang H. Reinicke & Jan M. Witte (2002) „Innovating Global Governance: Multisectoral Networks and Accountability“, Paper präsentiert am 17.-18. 5. 2002 auf der „Miliband Conference on ‚Global governance and public accountability‘“ an der London School of Economics and Political Science
- Benz, Arthur (1998) „Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat“ in Michael Th. Greven, Hg. *Demokratie. Eine Kultur des Westens* Opladen: Leske+Budrich 201-222
- (2001) *Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse* München: Oldenbourg
- Bermann, George A., Matthias Herdegen & Peter L. Lindseth, Hg. (2000) *Transatlantic Regulatory Cooperation. Legal Problems and Political Prospects* Oxford: Oxford University Press
- Bogdandy, Armin von (2001) „Verfassungsrechtliche Dimensionen der Welthandelsorganisation: Entkoppelung von Recht und Politik oder neue Wege globaler Demokratie?“ *Max Planck Yearbook of United Nations Law* 5 609-674
- & Petros C. Mavroidis & Yves Mény, Hg. (2002) *European Integration and International Coordination. Studies in Transnational Economic Law in Honour of Claus-Dieter Ehlermann* The Hague u.a.: Kluwer Law International
- Bohman, James (1996) *Public Deliberation: Pluralism, Complexity and Democracy* Cambridge, MA: MIT Press
- (1999) „International regimes and democratic governance: political equality and influence in global institutions“ *International Affairs* 75:3 499-513
- Bradlow, Daniel D. (1994) „International organizations and private complaints: the case of the World Bank Inspection Panel“ *Virginia Journal of International Law* 34:3 553-614
- Brown, David L. & Jonathan Fox (2001) „Transnational Civil Society Coalitions and the World Bank: Lessons from Project and Policy Influence Campaigns“ in Edwards/Gaventa 2001 43-58
- Brühl, Tanja & Volker Rittberger (2001) „From international to global governance. Actors, collective decision-making, and the United Nations in the world of the twenty-first century“ in Rittberger 2001 1-47
- Brunnengräber, Achim & Heike Walk (1997) „Die Erweiterung der Netzwerktheorien. Nicht-Regierungs-Organisationen verquickt mit Markt und Staat“ in Elmar Altvater, Achim Brunnengräber, Markus Haake & Heike Walk, Hg. *Vernetzt und Verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkräfte* Münster: Westfälisches Dampfboot 65-84
- Búrca, Gráinne de & Neil Walker (2002) Einführendes Paper zu der Konferenz „Law and (dis)organized civil society: the framing of post-national political movements in the context of global economic governance“ präsentiert am 13.-14. Juni 2002, Florenz: Europäisches Hochschulinstitut, Department of Law
- Castiglione, Dario (1998) „Civil Society“ in Peter Newman, Hg. *The New Palgrave of Economics and Law* Bd. 1, Houndmills, Basingstoke: Macmillan 250-267
- Chambers, Simone (1995) „Discourse and Democratic Practices“ in Stephen K. White, Hg. *The Cambridge Companion to Habermas* Cambridge: Cambridge University Press 233-262
- (1999) „Talking versus Voting: Legitimacy, Efficiency, and Deliberative Democracy“ vv. Man., Boulder, CO: University of Colorado

- Charnowitz, Steven (1996) „Participation of Nongovernmental Organizations in the World Trade Organization“ *University of Pennsylvania Journal of International Economic Law* 17:1 331-357
- (1997) „Two Centuries of Participation: NGOs and International Governance“ *Michigan Journal of International Law* 18:1 183-286
- Chayes, Abram & Antonia Handler Chayes (1995) *The New Sovereignty. Compliance with International Regulatory Agreements* Cambridge, MA: Harvard University Press
- Civicus Staff & Marcus Akuhata-Brown (1999) *Civil Society at the Millennium* Bloomfield, IL: Kumarian Press
- Cleary, Seamus (1996) „The World Bank and NGOs“ in Peter Willets, Hg. *The Conscience of the World. The Influence of Non-governmental Organizations in the UN System* Washington, DC: The Brookings Institution Press 63-97
- Cohen, Jean & Andrew Arato (1992) *Civil Society and Political Theory* Cambridge, MA: MIT Press
- Cohen, Joshua (1986) „An Epistemic Conception of Democracy“ *Ethics* 97:1 26-38
- (1996) „Procedure and Substance in Deliberative Democracy“ in Benhabib 1996 95-119
- (1999) Egalitarianism, Internationalization, Citizenship, Working Paper, präsentiert auf der ANPOCS – Konferenz November 1999
- & Joel Rogers (1995) „Secondary Associations and Democratic Governance“ in Joshua Cohen, Joel Rogers & Paul Q. Hirst, Hg. *Associations and Democracy* London: Verso 7-98
- & Charles Sabel (1997) „Direct-Deliberative Polyarchy“ *European Law Journal* 3:4 313-342
- Colas, Alejandro (2002) *International Civil Society* Cambridge: Polity Press
- Cooke, Maeve (2000) „Five Arguments for Deliberative Democracy“ *Comparative Political Studies* 48:5 947-969
- Craig, Paul P. (1997) „Democracy and Rule-making Within the EC. An Empirical and Normative Assessment“ *European Law Journal* 3:2 105-130
- Crocker, David A. (1999) „Civil Society and Transitional Justice“ in Fullinwider 1999 375-402
- Curtin, Deidre M. (1997) *Postnational Democracy. The EU in Search of a Political Philosophy* Hague, London und Boston: Kluwer
- (2002a) Integrating ‚Civil Society‘ into European Union Governance: Opening deliberative Space top-down and bottom up, Paper präsentiert auf der Konferenz „Law and (dis)organized civil society: the framing of post-national political movements in the context of global economic governance“, 13.-14. Juni 2002, Florenz: Europäisches Hochschulinstitut, Department of Law
- (2002b) Non-Governmental Representation v. Civil Society Deliberation: a Contemporary EU Governance Dilemma, vv. Man.
- Dahl, Robert A. (1994) „A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation“ *Political Science Quarterly* 109:1 23-34
- Dehousse, Renaud (2001) „The Legitimacy of European Governance: The Need for a Process-based Approach“ *Cahiers Européens de Sciences Po* 1 1-27 (http://www.portedeurope.org/documents/cah_1_2001.pdf)

- De Schutter, Olivier (2002) Europe in Search of its Civil Society, Paper präsentiert am 13.-14. Juni 2002 auf der Konferenz „Law and (dis)organized civil society: the framing of post-national political movements in the context of global economic governance“, Florenz: Europäisches Hochschulinstitut, Department of Law
- Dodgson, Richard (2000) „Contesting Neoliberal Globalisation at UN Global Conferences: The Women’s Health Movement, United Nations and the International Conference on Population and Development“ *Global Society* **14**:3 443-463
- Dommen, Caroline (2002) „Raising Human Rights Concerns in the World Trade Organization: Actors, Processes and Possible Strategies“ *Human Rights Quarterly* **24**:1 1-50
- Dryzek, John S. (1990) *Discursive Democracy: Politics, Policy, and Political Science* Cambridge: Cambridge University Press
- Dux, Günter (1976) *Strukturwandel der Legitimation* Freiburg/München: Verlag Karl Alber
- Dworkin, Ronald (2000) *Taking Rights Seriously* London: Duckworth
- Eberly, Don E. (2000) „The Meaning, Origins, and Applications of Civil Society“ in ders., Hg. *The Essential Civil Society Reader. Classic Essays in the American Civil Society Debate* Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers 3-32
- Eder, Klaus (1999) „Dialog und Kooperation. Zur Zählung der Bewegungsgesellschaft“ in Klein 1999: 28-46
- & Hans-Jörg Trenz (2001) „The Making of a European Public Space: An Inquiry Into Relating Supranational Politics and Transnational Spaces of Communication“ in Beate Kohler-Koch, Hg. *Linking European Union and National Governance* Oxford: Oxford University Press: 145-165
- Edwards, Michael & John Gaventa, Hg. (2001) *Global Citizen Action* Boulder, CO: Lynne Rienner
- Elster, Jon (1986) „The Market and the Forum: three Varieties of Political Theory“ in Jon Elster & Aanund Hylland, Hg. *Foundations of Social Choice Theory* Cambridge: Cambridge University Press 103-132
- (1998) „Deliberation and Constitution Making“ in Jon Elster, Hg. *Deliberative Democracy* Cambridge: Cambridge University Press 97-122
- Eriksen, Erik O. & John E. Fossum (2000) „Legitimation through deliberation“ in dies., Hg. *Democracy in the European Union. Integration through Deliberation?* London: Routledge 256-269
- Esser, Josef (1999) „Der kooperative Nationalstaat im Zeitalter der ‚Globalisierung‘“ in Diether Döhring, Hg. *Sozialstaat in der Globalisierung* Frankfurt/M.: Suhrkamp 117-144
- Falk, Richard (1998a) „Global Civil Society: Perspectives, Initiatives and Movements“ *Oxford Development Studies* **26**:1 99-110
- (1998b) „The United Nations and Cosmopolitan Democracy: Bad Dream, Utopian Fantasy, Political Project“ in Archibugi u.a. 1998 309-331
- Fisher, Julie (1997) *Nongovernments: NGOs and the Political Development of the Third World* Bloomfield: Kumarian Press
- Florini, Ann M. (2001) „Transnational Civil Society“ in Edwards/Gaventa 2001 29-43

- Hg. (2000) *The Third Force: The Rise of Transnational Civil Society* Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace
- Forschungsgruppe Menschenrechte [Sieglinde Gränzer, Anja Jetschke, Thomas Risse & Hans Peter Schmitz] (1998) „Internationale Menschennormen, transnationale Netzwerke und politischer Wandel in den Ländern des Südens“ *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 5:1 5-41
- Fox, Jonathan A. (2000) „The World Bank Inspection Panel: Lessons from the First Five Years“ *Global Governance* 6:3 279-318
- Frankenberg, Günter (1995) „Civil Society and Social Justice“ in Walzer 1995a 195-200
- Frowein, Jochen A. & Wolfgang Peukert (1996) *Europäische Menschenrechtskonvention: EMRK-Kommentar* Kehl/Straßbourg u.a.: Engel
- Fullinwider, Robert K., Hg. (1999) *Civil Society, Democracy, and Civic Renewal* Lanham u.a.: Rowman & Littlefield
- Garth, Bryant (1986) „Migrant Workers and Rights of Mobility in the European Community and the United States: A Study of Law, Community, and Citizenship in the Welfare State“ in Mauro Cappeletti, Monica Secombe & Joseph H.H. Weiler, Hg. *Integration Through Law: Europe and the American Federal Experience* 4 Bde., Bd.1 *Methods, Tools and Institutions* New York usf.: de Gruyter 85-163
- Gerstenberg, Oliver (1997) *Bürgerrechte und deliberative Demokratie* Frankfurt/M.: Suhrkamp (2002)
- The Judicial Enforcement of Constitutional Essentials And The Role of Private Actors: The Case Of EU-Constitutionalism, Paper präsentiert auf der Konferenz „Law and (dis)organized civil society: the framing of post-national political movements in the context of global economic governance,“ 13.-14. Juni 2002, Florenz: Europäisches Hochschulinstitut, Department of Law
- & Charles Sabel (2001) „Directly Deliberative Polyarchy: An institutional Ideal for Europe?“ in Renaud Dehousse & Christian Joerges, Hg. *Good Governance and Administration in Europe's integrated Market* Oxford: Oxford University Press 289-342 (*Collected Courses of the Academy of European Law* XI)
- Goldstein, Judith, Miles Kahler, Robert O. Keohane & Anne-Marie Slaughter, Hg. (2001) „Introduction: Legalization and World Politics“ in dies. *Legalization and World Politics* Cambridge, MA: MIT Press 1-16
- Grande, Edgar (1997) „Auflösung, Modernisierung oder Transformation? Zum Wandel des modernen Staates in Europa“ in ders. & Rainer Prätorius, Hg. *Modernisierung des Staates?* Baden-Baden: Nomos 45-64
- Greven, Michael Th. (2000) „Can the European Union Finally Become a Democracy?“ in Michael Th. Greven & Louis W. Pauly, Hg. *Democracy beyond the State? The European Dilemma and the Emerging Global Order* Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers 35-62
- Grimm, Dieter (1990) „Der Wandel der Staatsaufgaben und die Krise des Rechtsstaats“ in ders., Hg. *Wachsende Staatsaufgaben – sinkende Steuerungsfähigkeit des Rechts* Baden-Baden: Nomos 291-306

- Gutman, Amy (1999) „Deliberative Democracy and Majority Rule“ in Harold H. Koh & Ronald C. Slye, Hg. *Deliberative Democracy and Human Rights* New Haven, CN/London: Yale University Press 277-234
- & Dennis Thompson (1996) *Democracy and Deliberation* Cambridge, MA: Harvard University Press
- & Dennis Thompson (2000) „Why Deliberative Democracy is Different“ *Social Philosophy & Policy* **17**:1 161-180
- Haas, Peter M. (1992) „Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination“ *International Organization* **46**:1 1-35
- Habermas, Jürgen (1996) *Die Einbeziehung des Anderen* Frankfurt/M.: Suhrkamp
- (1998) *Die postnationale Konstellation* Frankfurt/M.: Suhrkamp
- (1973) *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* Frankfurt/M.: Suhrkamp
- (1992) *Faktizität und Geltung* Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Hasenclever, Andreas, Peter Mayer & Volker Rittberger (1997) *Theories of International Regimes* Cambridge: Cambridge University Press
- Hawthorn, Geoffrey (2001) „The promise of ‚civil society‘ in the South“ in Sudipta Kaviraj & Sunil Khilnani, Hg. *Civil Society. History and Possibilities* Cambridge: Cambridge University Press 259-286
- Heinelt, Hubert (1998) „Zivilgesellschaftliche Perspektiven einer demokratischen Transformation der Europäischen Union“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* **5**:1 79-107
- Held, David (1995) *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance* Cambridge: Polity Press
- (1998) „Democracy and Globalization“ in Archibugi u.a. 1998 11-27
- (2002) „Law of States, Law of People: Three Models of Sovereignty“ *Legal Theory* **8**:1 1-44
- Helleiner, Gerald K. (2001) „Markets, Politics, and Globalisation: Can the Global Economy Be Civilized?“ *Global Governance* **7**:3 243-263
- Hirst, Paul Q. (1994) *Associative Democracy. New Forms of Economic and Social Governance* Cambridge: Polity Press
- Holzinger, Katharina (2001) „Verhandeln statt Argumentieren oder Verhandeln durch Argumentieren? Eine empirische Analyse auf der Basis der Sprechakttheorie“ *Politische Vierteljahresschrift* **42**:3 414-446
- Hood, Christopher, Henry Rothstein & Robert Baldwin (2001) *The Government of Risk. Understanding Risk Regulation Regimes* Oxford: Oxford University Press
- Höreth, Marcus (1999) *Die Europäische Union im Legitimitätsdilemma. Zur Rechtfertigung des Regierens jenseits der Staatlichkeit* Baden-Baden: Nomos
- Howse, Robert (2000a) „Transatlantic regulatory cooperation and the problem of democracy“ in Bermann u.a. 2000 469- 480
- (2000b) „Democracy, Science, and Free Trade: Risk Regulation on Trial at the World Trade Organization“ *Michigan Law Review* **98**:7 (June) 2329-2357

- (2002) “Membership and its Privileges: the WTO, Civil Society, and the Amicus Brief Controversy”, Paper präsentiert auf der Konferenz „Law and (dis)organized civil society: the framing of post-national political movements in the context of global economic governance“, 13.-14. Juni 2002, Florenz: Europäisches Hochschulinstitut, Department of Law
- Imig, Doug & Sydney Tarrow (2001) „Studying Contention in an Emerging Polity“ in dies., Hg. *Contentious Europeans: Protest and Politics in an Emerging Polity* Lanham: Rowman & Littlefield 3-26
- Jachtenfuchs, Markus (1997) „Democracy and Governance in the European Union“ in Andreas Follesdal & Peter Koslowski, Hg. *Democracy and the European Union* Berlin u.a.: Springer 37-64
- & Thomas Diez & Sabine Jung (1998) „Which Europe? Conflicting Models of a Legitimate European Political Order“ *European Journal of International Relations* 4:4 409-445
- Joerges, Christian (2000) „Transnationale ‚deliberative Demokratie‘ oder ‚deliberativer Supranationalismus?‘ Anmerkungen zur Konzeptualisierung legitimen Regierens jenseits des Nationalstaats bei Rainer Schmalz-Bruns“ *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 7:1 145-161
- & Jürgen Neyer (1997) „From Intergovernmental Bargaining to Deliberative Political Processes: The Constitutionalisation of Comitology“ *European Law Journal* 3:3 272-299
- Josselin, Daphne & William Wallace, Hg. (2001) *Non-State Actors in World Politics* Houndmills: Palgrave
- Kahler, Miles (2002) Defining Accountability Up: The Global Economic Multilaterals, Paper präsentiert am 17.-18.5. 2002 auf der „Miliband Conference on ‚Global governance and public accountability““, London: London School of Economics and Political Science
- Kaldor, Mary (2000) „Civilising‘ Globalisation? The Implications of the ‚Battle in Seattle““ *Millennium* 29:1 105-114
- Keane, John (1998) *Civil Society. Old Images, New Visions* Cambridge: Polity Press
- Keck, Margaret E. & Kathryn Sikkink (1998) *Activists beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics* Ithaca, N.Y.: Cornell University Press
- Keck, Otto (1995) „Rationales kommunikatives Handeln in den internationalen Beziehungen. Ist eine Verbindung von Rational-Choice-Theorie und Habermas‘ Theorie des kommunikativen Handelns möglich?“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2:1 5-48
- Keohane, Robert O. (2001) „Governance in a Partly Globalized World“ *American Political Science Review* 95:1 1-13
- (2002) Political Accountability, Paper, präsentiert am 17.-18. 5. 2002 auf der „Miliband Conference on ‚Global governance and public accountability““ London School of Economics and Political Science
- & Joseph S. Nye (1972¹) *Transnational Relations and World Politics* Cambridge, MA: Harvard University Press (New York u.a.: Longman 2001³)
- Khagram, Sanjeev, Kathryn Sikkink & James V. Riker, Hg. (2002) *Restructuring World Politics: Transnational Social Movements, Networks, and Norms* Minneapolis, MN: University of Minnesota Press

- Khilnani, Sunil (2001) „The development of civil society“ in Sudipta Kaviraj & Sunil Khilnani, Hg. *Civil Society. History and Possibilities* Cambridge: Cambridge University Press 11-32
- Kitschelt, Herbert (1999) „Politische Gelegenheitsstrukturen in Theorien sozialer Bewegungen heute“ in Klein 1999 144-166
- Klein, Ansgar (1997) „Die NGOs als Bestandteil der Zivilgesellschaft und Träger einer partizipativen und demokratischen gesellschaftlichen Entwicklung“ in Elmar Altvater, Achim Brunnengräber, Markus Haake & Heike Walk, Hg. *Vernetzt und Verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkräfte* Münster: Westfälisches Dampfboot 315-339
- & Hans-Josef Legrand & Thomas Leif, Hg. (1999) *Neue Soziale Bewegungen* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Klingemann, Hans-Dieter & Friedhelm Neidhardt, Hg. (2000) *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. WZB-Jahrbuch 2000* Berlin: Edition Sigma
- Kloepfer, Michael [unter Mitarbeit von Andreas Neun] (2002) *Informationsrecht* München: C.H. Beck
- Klotz, Audie Jeanne (2002) „Transnational Activism and Global Transformations: The Anti-Apartheid and Abolitionist Experiences“ *European Journal of International Relations* 8:1 49-76
- (1995) *Norms in International Relations: The Struggle Against Apartheid* Ithaca, NY: Cornell University Press
- Kößler, Reinhard & Henning Melber (1993) *Chancen internationaler Zivilgesellschaft* Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Kohler-Koch, Beate (1997) „Organized Interests in the EC and the European Parliament“ *European Integration Online Papers* (<http://eiop.or.at/eiop/texte/1997-009a.htm>)
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001) „Europäisches Regieren: Ein Weißbuch“ Dokument KOM (2001) 428 Brüssel v. 25. Juli
- (2002) „Mitteilung der Kommission; Konsultationsdokument: Hin zu einer verstärkten Kultur der Konsultation und des Dialogs – Vorschlag für allgemeine Grundsätze und Mindeststandards für die Konsultation betroffener Parteien durch die Kommission“ Dokument KOM (2002) 277 endg. v. 5. Juni
- Koopmans, Ruud (1996) „New Social Movements and Changes in Political Participation in Western Europe“ *West European Politics* 19:1 28-50
- Kopperschmidt, Josef (1989) *Methodik der Argumentationsanalyse* Stuttgart-Bad Canstatt: Frommann-Holzboog
- Lindenberg, Marc & Coralie Bryant (2001) *Going Global: Transforming Relief and Development NGOs* Bloomfield: Kumarian Press
- Linklater, Andrew (1998) *The Transformation of Political Community* Cambridge: Polity Press
- Lipschutz, Ronnie D. (1992) „Reconstructing world politics: the emergence of global civil society“ *Millennium* 21:3 389-420
- & Judith Mayer (1996) *Global Civil Society and Global Environmental Governance: The Politics of Nature from Place to Planet* Albany, NY: State University of New York Press

- Lord, Christopher & David Beetham (2001) „Legitimizing the EU: Is there a ‚Post-parliamentary Basis‘ for its Legitimation?“ *Journal of Common Market Studies* 39:3 443-462
- Macedo, Stephen, Hg. (1990) „The politics of justification“ *Political Theory* 18:2 280-304
- (1999) *Deliberative Politics, Essays on ‚Democracy and Disagreement‘* New York/Oxford: Oxford University Press
- Magnette, Paul (2001) European Governance and Civic Participation. Can the European Union be politicised? *Jean Monnet Working Paper* 6: 1 1-15 (<http://www.jeanmonnetprogram.org/papers/01/010601.html>)
- Majone, Giandomenico (1999) „The Regulatory State and its Legitimacy Problems“ *West European Politics* 22:1 1-24
- (2000) „International regulatory cooperation: a neo-institutionalist approach“ in Bermann u.a. 2000 119-146
- Manin, Bernard (1987) „On Legitimacy and Political Deliberation“ *Political Theory* 15:3 338-368
- Mansbridge, Jane J. (1983) *Beyond Adversary Democracy* Chicago, IL: University of Chicago Press (1980 New York: Basic Books)
- Marceau, Gabrielle & Peter N. Pedersen (1999) „Is the WTO Open and Transparent? A Discussion of the Relationship of the WTO with Non-governmental Organisations and Civil Society’s Claims for more Transparency and Public Participation“ *Journal of World Trade* 33:1 5-49
- March, James G. & Johan P. Olson (1989) *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics* New York: Free Press
- Martens, Kerstin (2001) „Non-governmental Organisations as Corporatist Mediator? An Analysis of NGOs in the UNESCO System“ *Global Society* 15:4 387-404
- Mavroidis, Petros C. (2000) „Transatlantic regulatory cooperation: exclusive club or ‚open regionalism‘?“ in Bermann 2000 263-272
- (2002) „Amicus Curiae Briefs before the WTO: Much Ado About Nothing“ in v. Bogdandy u.a. 2002 317-329
- Mayer, Peter (2001) Macht, Gerechtigkeit und die Robustheit internationaler Regime. Eine theoretische Untersuchung mit einem Hypothesentest anhand der internationalen Rohstoffpolitik, Tübingen: Universität, Diss. phil.
- Messner, Dirk & Franz Nuscheler (2000) „Global Governance“ in Dieter Senghaas, Hg. *Frieden machen* Frankfurt/M.: Suhrkamp 337-361
- Michelman, Frank (1999) *Brennan and Democracy* Princeton, NJ: Princeton University Press
- Mouffe, Chantal (1999) „Deliberative democracy or agonistic pluralism?“ *Social Research* 66:3 745-758
- Müller, Harald (1995) „Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2:2 367-379
- Nanz s. Eigene Vorarbeiten
- Nardin, Terry (1995) „Private and Public Roles in Civil Society“ in Walzer 1995: 29-34

- Nelson, Paul (2000) „Whose Civil Society? Whose Governance? Decisionmaking and Practice in the New Agenda at the Inter-American Development Bank and the World Bank“ *Global Governance* 6:4 405-431
- Nelson, William (2000) „The Institutions of Deliberative Democracy“ *Social Philosophy & Policy* 17:1 181-202
- O'Brien, Robert, Anne-Marie Goetz, Jan Aart Scholte & Marc Williams (2000) *Contesting Global Governance: Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements* Cambridge: Cambridge University Press
- O'Donnell, Guillermo (1998) Horizontal Accountability and New Polyarchies, Notre Dame, IN: Helen Kellogg Institute for International Studies, University of Notre Dame, April (Working Paper 253)
- O'Donovan, Declan (1992) „The Economic and Social Council“ in Philip Alston, Hg. *The United Nations and Human Rights. A Critical Appraisal* Oxford: Clarendon Press 107-125
- Offe, Claus (1987) „Challenging the boundaries of institutional politics: social movements since the 1960s“ in Charles Maier, Hg. *Changing the Boundaries of the Political. Essays on Evolving Balance between the State and Society, Public and Private in Europe* Cambridge: Cambridge University Press 63-106
- (1998) „Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimeform unter dem Stress der europäischen Integration“ in Wolfgang Streek, Hg., *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie* Frankfurt/M.: Campus 99-136
- Ougaard, Morten & Richard Higgot, Hg. (2002) *Towards a Global Polity* London: Routledge
- Pauly, Louis W. (2000) „Democracy and Globalization in Theory and Practice“ in Michael Th. Greven & Louis W. Pauly, Hg. *Democracy beyond the State? The European Dilemma and the Emerging Global Order* Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers 1-14
- Payne, Rodger A. (2001) „Persuasion, Frames and Norm Construction“ *European Journal of International Relations* 7:1 37-61
- Petersmann, Ernst-Ulrich (2001) „European and International Constitutional Law: Time for Promoting ‚Cosmopolitan Democracy‘ in the WTO“ in Gráinne de Búrca & Joanne Scott, Hg. *The EU and the WTO. Legal and Constitutional Issues* Oxford: Hart Publishing 81-110
- Porter, Tony (2001) „The New International Financial Architecture – The Democratic Deficit in the Institutional Arrangements for Regulating Global Finance“ *Global Governance* 7:4 427-439
- Reinalda, Bob, Bas Arts & Math Noortmann (2001) „Non-State Actors in International Relations: Do They Matter?“ in dies., Hg. *Non-State Actors in International Relations* Aldershot: Ashgate 1-9
- Risse, Thomas (2000) „‚Let's argue!': Communicative Action in World Politics“ *International Organization* 54:1 1-39
- [Risse-Kappen] (1995a) „Bringing transnational relations back in“ in ders. *Bringing Transnational Relations Back In. Non-State Actors, Domestic Structures and International Institutions* Cambridge: Cambridge University Press 3-36

- [Risse-Kappen] (1995b) „Structures of governance and transnational relations: what have we learned?“ in ders. *Bringing Transnational Relations Back In. Non-State Actors, Domestic Structures and International Institutions* Cambridge: Cambridge University Press 280-313
- & Steve C. Ropp & Kathryn Sikkink, Hg. (1999) *The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change* New York: Cambridge University Press
- Rittberger, Volker (2001) Hg. *Global Governance and the United Nations System* Tokyo u.a.: United Nations University Press
- Ronit, Karsten & Volker Schneider, Hg. (2000) *Private Organizations in Global Politics* London: Routledge
- Rosenau, James N. (1997) *Along the Domestic-foreign Frontier. Exploring Governance in a Turbulent World* Cambridge: Cambridge University Press
- (1998) „Governance and Democracy in a Globalizing World“ in: Archibugi u.a. 1998 28-57
- Rucht, Dieter (2001) „Lobbying or Protest? Strategies to Influence EU Environmental Policies“ in Doug Imig & Sidney Tarrow, Hg. *Contentious Europeans: Protest and Politics in an Emerging Polity* Lanham: Rowman & Littlefield 125-142
- Saretzki, Thomas (1996) „Wie unterscheiden sich Verhandeln und Argumentieren?“ in: Volker von Prittwitz, Hg. *Verhandeln und Argumentieren* Opladen: Leske & Budrich 19-39
- Scharpf, Fritz W. (1996) „Democratic Policy in Europe“ *European Law Journal* 2:2 136-155
- (1998) „Demokratie in der transnationalen Politik“ in Wolfgang Streek, Hg., *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie* Frankfurt/M.: Campus 151-174
- (1999) *Regieren in Europa: Effektiv und demokratisch?* Frankfurt/M.: Campus
- (2002a) „Legitimate Diversity: the New Challenge of European Integration“ *Cahiers Européennes de Sciences Po* 1 1-43 (http://www.portedeurope.org/documents/cah_1_2002.pdf)
- (2002b) Conceptualizing Democratic Accountability Beyond the State: The European Union, Paper, präsentiert am 17.-18. 5. 2002 auf der „Miliband Conference on Global governance and public accountability“ London School of Economics and Political Science
- Schmalz-Bruns, Rainer (1995) *Reflexive Demokratie: Die demokratische Transformation moderner Politik* Baden-Baden: Nomos
- (1999) „Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaates“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6:2 185-244
- (2000) „Deliberative Politik als Modell demokratischen Regierens jenseits des Nationalstaates“ in Matthias Lutz-Bachmann & James Bohman, Hg. *Weltstaat oder Staatenwelt? Für oder wider die Idee einer Weltrepublik* Frankfurt a.M.: Suhrkamp 248-273
- (2001) „The Postnational Constellation: Democratic Governance in the Era of Globalization“ *Constellations. An International Journal of Critical and Democratic Theory* 8:4 554-568
- Schmitter, Philippe C. (1997) „Is it Really Possible to Democratize the Euro-Polity?“ in Andreas Follesdal & Peter Koslowski, Hg. *Democracy and the European Union* Berlin u.a.: Springer 13-36
- (2001) What is there to legitimize in the European Union ... and how might this be accomplished? New York University School of Law (Jean Monnet Working Paper 14/01)

- Scholte, Jan Aart (1999) „Globalisation: prospects for a paradigm shift“ in Martin Shaw, Hg. *Politics and Globalisation. Knowledge, Ethics and Agency* London: Routledge 9-22
- (2001) „The IMF and Civil Society: An Interim Progress Report“ in Edwards/Gaventa, 2001 87-104
- & Robert O'Brien & Marc Williams (1999) „The WTO and Civil Society“ *Journal of World Trade* 33:1 107-123
- Schramm, Jürgen (1995) *The Role of Non-governmental Organisations in the new European Order: Theory – International Relations – Area Report* Baden-Baden: Nomos
- Schulze, Peter M. (2000) „Nichtstaatliche Organisationen“ in Helmut Volger, Hg. *Lexikon der Vereinten Nationen* München/Wien: Oldenbourg 397-405
- Schweitz, Martha L. (1995) „NGO participation in international governance: The question of legitimacy“ in American Society of International Law, Hg. *Proceedings of the Annual Meeting – American Society of International Law* 89 415-432
- Shaw, Martin (1994a) *Global Society and International Relations: Sociological Concepts and Political Perspectives* Cambridge: Polity Press
- (1994b) „Civil society and global politics: beyond a social movements approach“ *Millennium* 23:3 647-667
- Skyrms, Brian (1990) *The Dynamics of Rational Deliberation* Cambridge, MA: Harvard University Press
- Slaughter, Anne-Marie (2000a) „Agencies on the loose? Holding government networks accountable“ in Bermann u.a. 2000 521-546
- (2000b) „Governing the Global Economy through Government Networks“ in Michael Byers, Hg. *The Role of Law in International Politics* Oxford: Oxford University Press 117-207
- Smismans, Stijn (2001) Functional participation in European occupational health and safety policy: democratic nightmare or additional source of legitimacy? Florenz: European University Institute, Ph. D. Thesis
- (2002) „Civil society“ in European institutional discourses“ *Cahiers Européens de Sciences Po* 1-23 i. E. (http://www.portedeurope.org/documents/cah_4_2002.pdf)
- Smith, Jackie, Ron Pagnucco & George A. Lopez (1998) „Globalizing human rights: The work of transnational human rights NGOs in the 1990s“ *Human Rights Quarterly* 20:3 379-412
- Sorensen, Georg (2001) *Changes in Statehood. The Transformation of International Relations* Houndsmills u.a.: Palgrave
- Steenbergen, Marco R., Jürg Steiner, André Bächtiger & Markus Spörndli (2002) Measuring Deliberation: A Discourse Quality Index, vv. Man.
- Steger, Debra P. (2002) „Amicus Curiae: Participant or Friend? The WTO and NAFTA Experience“ in v. Bogdandy u.a. 2002 419-450
- Stoecker, Felix William (2000) *NGO's und die UNO. Die Einbindung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in die Strukturen der Vereinten Nationen* Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang
- Streek, Wolfgang (1998), „Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie“ in ders., Hg. *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie* Frankfurt/M.: Campus 7-58

- Sunstein, Cass (1988) „Beyond the Republican Revival“ in *Yale Law Journal* **97**:8 1539-1590
- Tarrow, Sidney (1995) *Power in Movement. Social movements, Collective Action and Politics* Cambridge: Cambridge University Press
- Titscher, Stefan, Michael Meyer, Ruth Wodak & Eva Vetter (2000) *Methods of Text and Discourse Analysis* London: Sage
- Tussie, Diana & Gabriel Casaburi (2000) „From Global to Local Governance: Civil Society and the Multilateral Development Banks“ *Global Governance* **6**:4 399-403
- Tussie, Diana & Maria Pia Ruggirozzi (2001) „Pressing Ahead with New Procedures for Old Machinery: Global Governance and Civil Society“ in Rittberger 2001 158-180
- Van Dijk, Teun A. (2001) „Multidisciplinary CDA: a Plea for Diversity“ in: Ruth Wodak & Michael Meyer, Hg. *Methods of Critical Discourse Analysis* London: Sage 95-120
- Van Houtven, Leo (2002) Governance of the International Monetary Fund: Decision Making, Institutional Oversight, Transparency and Accountability, Washington, DC: IMF (IMF Pamphlet No. 53)
- Vitzthum, Wolfgang Graf (1987) „Citizen’s Participation and State Functioning“ in Christian Starck, Hg. *Rights, Institutions and Impact of International Law According to the German Basic Law* Baden-Baden: Nomos 159-174 (*Studien und Materialien zur Verfassungsgerichtsbarkeit* 37)
- Hg. (2001²a) *Völkerrecht* Berlin: de Gruyter
- (2001b) „Begriff, Geschichte und Quellen des Völkerrechts“ in: Vitzthum 2000a 1-85
- Wachbroit, Robert (1999) „The Changing Role of Expertise in Public Deliberation“ in Fullinwider 1999 355-374
- Walker, R.B.J. (1994) „Social Movements / World Politics“ *Millennium* **23**:3 669-700
- Walzer, Michael, (1992) „The Idea of Civil Society: A Path to Social Reconstruction“ *Dissent* **38**:5 294-304
- Hg. (1995a) *Toward a Global Civil Society* Providence, RI/Oxford: Berghahn Books
- (1995b) „The Concept of Civil Society“ in ders. 1995a 7-28
- Weiler, Joseph (1998) „Europe: The Case Against the Case for Statehood“ *European Law Journal* **4**:1 43-62
- Weiss, Hans-Jürgen (1992) „Public Issues and Argumentation Structures. An Approach to the Study of the Contents of Media Agenda-Setting“ *Communication Yearbook* **15** 374-396
- Weiss, Thomas G. & Leon Gordenker, Hg. (1996) *NGOs, the UN and Global Governance* Boulder, CO: Lynne Rienner
- Wilkinson, Mike (2002) „(Dis)organised civil society. Democracy in the European Union: Is Constitutionalism Part of the Solution or Part of the Problem?“ *German Law Journal* **3**:9 (www.germanlawjournal.com/current_issue.php?id=192)
- Willems, Peter (2000a) „Representation of private organizations in the global diplomacy of economic policy-making“ in Karsten Ronit & Volker Schneider, Hg. *Private Organizations in Global Politics* London: Routledge 34-58
- (2000b) „From ‚Consultative Arrangements‘ to ‚Partnership‘: The Changing Status of NGOs in Diplomacy at the UN“ *Global Governance* **6**:2 191-212

- Winter, Lieven de & Marc Swyngedouw (1999) „The Scope of EU Government“ in Hermann Schmitt & Jacques Thomassen, Hg. *Political Representation and Legitimacy in the European Union* New York/Oxford: Oxford University Press 47-73
- Wodak, Ruth (2001) „The discourse-historical approach“ in: dies. & Michael Meyer, Hg. *Methods of Critical Discourse Analysis* London: Sage 63-94
- Wolf, Klaus Dieter (2002) „Contextualizing Normative Standards for Legitimate Governance Beyond the State“ in Jürgen R. Grote & Bernard Gbikpi, Hg. *Participatory Governance: Political and Societal Implications* Opladen: Leske + Budrich 35-50
- Woods, Ngaire & Amrita Narlikar (2001) „Governance and the limits of accountability: the WTO, the IMF and the World Bank“ *International Social Science Journal* **53**:4 569-584 (<http://users.ox.ac.uk/~ntwoods/>)
- Young, Iris (2000) *Inclusion and Democracy* Oxford: Oxford University Press
- Zürn, Michael (1998) *Regieren jenseits des Nationalstaates* Frankfurt/M.: Suhrkamp
- (2001) „Political Systems in the postnational constellation: Societal denationalization and multilevel governance“ in Rittberger 2001 48-87

3.9 Forschungsprofil – ein Nachtrag

Prof. Dr. Patrizia Nanz

Universität Bremen
Graduate School of Social Sciences (GSSS) –
Sozialwissenschaftliche Graduiertenfakultät
Postfach 33 04 40
28 334 Bremen
Tel.: 0421 218-4161
Fax: 0421 218-4153
E-mail: p.nanz@gsss.uni-bremen.de (p.nanz@iue.it)

Lebenslauf

Name: Patrizia Isabelle Nanz
Geburtsdatum: 09.07.1965
Geburtsort: Stuttgart
Staatsangehörigkeit: deutsch & italienisch

Universitäre Ausbildung

1984 – 1986: Studium der Philosophie, Geschichte und Literaturwissenschaft in München an der Ludwig-Maximilians Universität und an der Hochschule für Philosophie, S.J.
1986: Philosophicum (Bakkalaureat) an der Hochschule für Philosophie, S.J.
1986 – 1987: Hauptstudium an der Università degli studi di Milano und Teilnahme an dem Forschungsprojekt *Sociology and Lifeworld* (Husserl, Schütz, Weber und Habermas)
1987: Fortsetzung des Hauptstudiums an der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt am Main in Philosophie, Geschichte und Germanistik
1990: Magisterarbeit „Dialogizität und Intersubjektivität. Zur Sprachtheorie Michail Bachtins“ (Betreuer: Prof. Dr. Jürgen Habermas)
1991 (Mai): Magister in Philosophie, Germanistik und Geschichte, Johann Wolfgang Goethe Universität (Frankfurt am Main)
1991 – 1994: Kontinuierliche Teilnahme am Forschungscolloquium von Prof. Dr. Jürgen Habermas an der Johann Wolfgang Goethe Universität (Frankfurt am Main)
1993: Visiting fellow am Department of Political Science, McGill University, Montreal, Kanada (Betreuer: Prof. Charles Taylor und James Tully)
1997 – 2001: Teilnahme am Ph.D. Programm des Europäischen Hochulinstituts (Florenz) im Department of Political and Social Sciences

2001 (September): Ph. D. „Europolis. Constitutional Patriotism beyond the Nation State“ (Betreuer: Prof. Philippe C. Schmitter), verteidigt im September 2001 (Prüfer: Profes. Jürgen Habermas, Charles Sabel und Peter Wagner)

Berufliche Tätigkeiten

1984 – 1990: Stipendium der Bayerischen Hochbegabtenförderung
1987: Volontariat im Feuilleton und im Ressort Geisteswissenschaften der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)
1991: Volontariat im Wissenschaftslektorat des S. Fischer Verlags (Frankfurt am Main) bei Günther Busch
1992 – 1994: Lektorin für Geisteswissenschaften beim S. Fischer Verlag; dort Initiatorin und Herausgeberin der Reihe „Philosophie der Gegenwart“ zu Zeitfragen in Philosophie und Sozialwissenschaften (14 Bände) im Fischer Taschenbuchverlag (Frankfurt am Main)
1993 Doktorandenstipendium des Cusanuswerks
1994 – 1997: Lektorin verantwortlich für Geisteswissenschaften und Sachbuch des Verlages Giangiacomo Feltrinelli (Mailand); seit 1998 externe Beraterin des Verlages im Bereich Geisteswissenschaften
1997 ff.: Mitglied im Herausbergremium und deutsche Korrespondentin der Zeitschrift *Mouvement: Sociétés, politique, culture* (Editions La Découverte, Paris)
1997 – 2001: Doktorandenstipendium für das Ph.D. Programm des Europäischen Hochschulinstituts (Florenz)
1999 ff.: Mitglied im Herausbergremium der Zeitschrift *Etica ed economia* (Arnaldo Mondadori Editore, Mailand)
2001 – 2002: Wissenschaftliche Mitarbeiterin (*Senior Research Fellow*) der Max Planck Projektgruppe „Recht der Gemeinschaftsgüter“ in Bonn
2002 ff.: Marie Curie Postdoktoranden Stipendium der EU mit dem Forschungsprojekt „Democracy, Deliberation and Learning at the Transnational Level: Risk Regulation in the European Union and the World Trade Organisation“ am Centre for the Study of Democracy, Westminster University, London, UK
2002 (Oktober): Annahme eines Rufes auf die Juniorprofessur für Transnationale Beziehungen und internationale Politik der VolkswagenStiftung an der Graduate School of Social Sciences (GSSS) der Universität Bremen
2003 (März und September): Gasteinladung an das Department of Political Science des MIT (Cambridge, MA) durch Prof. Joshua Cohen (einem Kooperationspartner im Teilprojekt B5)

Publikationen

- Hg. zusammen mit Friedrich Balke (1993) *Schwierige Fremdheit: Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern* Frankfurt am Main: Fischer (mit Beiträgen von Günther Frankenberg, Bert Rürup, Claus Leggewie, Dan Diner, Etienne Balibar, François Dubet, Gilles Kepel und Elaine Scarry)

- Hg. zusammen mit Yves Sintomer (1994/1995) *L'Allemagne An V*, Sonderheft von *Mouvements* 74, (Dezember 1994/Januar 1995), Einleitung („Faut-il avoir peur de l'Allemagne?“) (mit Beiträgen von Claus Offe, Ulrich K. Preuss und Jürgen Habermas)
- (2000a) *The Future of Parliamentary Democracy: Transition and Challenge in European Governance*, Green Paper prepared with Tom Burns, Angela Liberatore, Yves Mény for the Conference of the Speakers of EU Parliaments, Rom 22.-24. September
- (2000b) „L'Europa a più voci: una concezione dialogica della sfera pubblica“ *Il Mulino. Rivista bimestrale di cultura e di politica* 390 (luglio-agosto) 641-652 (Englisch „Multiple Voices. A Dialogical Concept of the European Public Sphere“ *Constellations* 2003 [under review])
- (2000c) „In-between Nations: Ambivalence and the Making of European Identity“ in Bo Stråth, Hg. *Europe and the Other, Europe as the Other* Brüssel u.a.: P. Lang Verlag 279-309 (Italienisch „La costruzione ambivalente di un'identità europea“ in Antonella Besussi & Luisa Leonini, Hg. *L'Europa tra società e politica. Integrazione europea e nuove cittadinanze* Mailand: Edizioni Angelo Guerini 2001 51-72)
- (2001) *Europolis. Constitutional Patriotism beyond the Nation State* Florenz: EHI, Diss. phil. (die italienische Übersetzung erscheint 2003 bei Feltrinelli Editore, Mailand; zur Zeit in der Begutachtung bei Cambridge University Press und dem Suhrkamp Verlag)
- (2002) „Die Pluralität von Bedeutung in sozialen Kontexten“ *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* (i. E.)
- (2003a) „Legitimation of Transnational Governance Regimes: Foodstuff Regulation at the WTO“ in: Christian Joerges, Gunther Teubner & Inger-Johanne Sand, Hg. *Constitutionalism and Transnational Governance* Oxford/Portland, OR: Hart Publishing (i. E.)
- (2003b) „Governance in the EU between Intergovernmentalism and Supranational Integration: The Open Method of Coordination and the Problem of ‚Translating‘ National Policies“ in Dario Castiglione, Hg. *The Public Discourse of Law and Politics in Multilingual Societies* Oxford/Portland, OR: Hart Publishing (i. E.)